

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -



SALAFISMUS & ISLAMFEINDLICHKEIT

Aktuelle Zusammenhänge zwischen zwei Extremismusformen

Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

29. April 2015, Altes Rathaus Hannover



Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
Tagungsprogramm.....	5
Kurzbiografien der Referentinnen und Referenten	6
Eröffnung und Begrüßung	8
<i>Boris Pistorius, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport</i>	
Einführung.....	12
<i>Maren Brandenburger, Präsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes</i>	
Salafismus – Aktuelle Entwicklungen	20
<i>Prof. Dr. Rüdiger Lohlker, Universität Wien</i>	
Islamfeindlichkeit aus Sicht des Verfassungsschutzes	32
<i>Wolfgang Freter, Niedersächsischer Verfassungsschutz</i>	
Salafismusprävention: Handlungsmöglichkeiten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes	41
<i>Daniela Schlicht, Niedersächsischer Verfassungsschutz</i>	
Workshop 1: Islamfeindlichkeit	47
Workshop 2: Salafismus im Internet	53
Workshop 3: Umgang mit Syrienrückkehrern	56

VORBEMERKUNG

Eines ist allen Extremisten gemein, sie wollen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung abschaffen und ein System entsprechend ihrer Ideologie errichten. Daher gilt die Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden in Niedersachsen allen Phänomenbereichen.

Berichte über Salafisten – nicht zuletzt durch die Ausreisen junger Muslime aus Deutschland nach Syrien und in den Irak – beherrschen zunehmend den öffentlichen Diskurs über den Islam. Gleichmaßen dominieren Salafisten in Deutschland durch ihre Medienaffinität das Informationsangebot über den Islam. Sie politisieren zentrale Schriften, Begriffe und Konzepte, auf die sich alle Muslime beziehen, und verbreiten ein einseitiges Islambild.

Das nutzen muslimfeindliche Rechtsextremisten und -populisten, um die Religion des Islams und die politische Ideologie des Islamismus gleichzusetzen und gegen alle Muslime Stimmung zu machen. Rechtsextremisten können mit islamfeindlichen Parolen an weit verbreitete Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen, wie aktuell auf den Pegida-Demonstrationen in Dresden zu sehen ist. Stigmatisierungs- und Diskriminierungserfahrungen können wiederum zur Radikalisierung junger Muslime beitragen.

Salafistische und islamfeindliche Bewegungen beziehen sich insofern deutlich aufeinander, als sie in Bezug auf das jeweilige Gegenüber ein Feindbild entwerfen. Daraus resultierende Stigmatisierungs- und Diskriminierungserfahrungen können zur Radikalisierung junger Menschen beitragen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns sowohl dem Einfluss salafistischer Ideologen aber auch von Rechtsextremisten auf junge Menschen stellen und gemeinsam Lösungsansätze erörtern. Daher möchte der Niedersächsische Verfassungsschutz im Rahmen seines Symposiums die Erscheinungsformen des Salafismus und der Islamfeindlichkeit aktuell beleuchten.

TAGUNGSPROGRAMM

- 10.00 Uhr** **Eröffnung und Begrüßung**
Boris Pistorius,
Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport
- 10.20 Uhr** *Einführung*
**Salafismus und Islamfeindlichkeit: Herausforderung
für einen modernen Verfassungsschutz**
Maren Brandenburger,
Niedersächsische Verfassungsschutzpräsidentin
- 10.45 Uhr** *Hauptvortrag & Diskussion*
Aktuelle Entwicklungen im Salafismus
Prof. Dr. Rüdiger Lohlker, Universität Wien
- 11.45 Uhr** *Kurzvortrag*
**Islamfeindlichkeit aus Sicht des
Niedersächsischen Verfassungsschutzes**
Wolfgang Freter, Niedersächsischer Verfassungsschutz
- 12.15 Uhr** *Kurzvortrag*
**Salafismusprävention: Handlungsmöglichkeiten des
Niedersächsischen Verfassungsschutzes**
Daniela Schlicht, Niedersächsischer Verfassungsschutz
- 12.45 Uhr** **Mittagspause**
- 13.30 Uhr** **Workshops, Durchgang 1**
- 14.30 Uhr** **Kaffeepause**
- 14.45 Uhr** **Workshops, Durchgang 2**
- 16.00 Uhr** **Schlusswort**

KURZBIOGRAFIEN DER REFERENTINNEN UND REFERENTEN

Boris Pistorius

Geboren 1960 in Osnabrück. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Osnabrück und Münster. Seit Januar 1991 in verschiedenen Bereichen der Niedersächsischen Landesverwaltung tätig, zuletzt von September 2002 bis September 2006 als Leiter der Abteilung Schulen und Sport bei der Bezirksregierung Weser-Ems. Mitglied des Rates der Stadt Osnabrück von 1996 bis 2013, von 2006 bis 2013 Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück. Seit März 2013 ist Pistorius Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport.

Maren Brandenburger

Geboren 1968 in Kiel. Studium der Politikwissenschaften und Geschichte (M.A.) an der Leibniz-Universität Hannover. Ab 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in unterschiedlichen Arbeitsbereichen des politischen Extremismus/Terrorismus tätig. Von 2003 bis 2013 war sie Pressesprecherin der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde. Seit Februar 2013 ist sie Präsidentin der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Prof. Dr. Rüdiger Lohlker

Rüdiger Lohlker ist Professor für Islamwissenschaften am Institut für Orientalistik der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Bewegungen des zeitgenössischen Islams, Salafismus und Jihadismus, Islamisches Recht und Islam im Internet.

Wolfgang Freter

Geboren 1957 in Hannover. Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Neueren Geschichte an der Leibniz-Universität Hannover. Anschließend Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und für eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung über die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Seit 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in unterschiedlichen Arbeitsbereichen des politischen Extremis-

mus/Terrorismus tätig (u. a. Islamismus, Rechtsextremismus). Von 2002 bis 2014 Leiter des Referatsteils Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus. Seit 2014 Referatsleiter des Fachbereiches Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus und Präventionsarbeit in der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Daniela Schlicht

Geboren 1981 in Twistringen. Studium der Politikwissenschaft, Islamwissenschaft und des Öffentlichen Rechts an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Exzellenzcluster „Politik und Religion in den Kulturen der Vormoderne und Moderne“ in Münster. Seit Sommer 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Verfassungsschutz Niedersachsen im Referat für Islamismus und sonstigen Extremismus/Terrorismus mit Auslandsbezug. Seit Februar 2014 Referentin mit Arbeitsschwerpunkt Islamismusprävention im Fachgebiet der Präventionsarbeit.

ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

*Boris Pistorius, Niedersächsischer
Minister für Inneres und Sport*

Sehr geehrte Frau Brandenburger,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zu diesem Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes und freue mich, dass Sie und viele, viele andere Interessierte heute daran teilnehmen und sich beteiligen. Bei diesem heutigen Symposium soll es um die Themen Salafismus und Islamfeindlichkeit gehen, zwei Themen, die hochaktuell sind.



Der Begriff „Salafismus“ ist in Deutschland täglich präsent. Immer wieder hören wir von insbesondere jungen Menschen aus Deutschland, die nach Syrien oder in den Irak ausreisen, um in den Reihen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu kämpfen oder um dort ein vermeintlich wahrhaft islamisches Leben zu führen. Durch die Propaganda salafistischer Ideologen wird ihnen vermittelt, vor Ort einen Kampf für Gerechtigkeit führen zu können. Dass die Realität in Syrien und im Irak anders aussieht, als von eben diesen Ideologen geschildert, zeigen die grausamen Verbrechen, die die Anhänger des so genannten „Islamischen Staates“ dort begehen. Oftmals sehr junge Leute müssen vor Ort erkennen, dass Verfolgung, Ermordung und Versklavung von Jesiden und die Ermordung ausländischer Journalisten auf der Tagesordnung stehen und nicht, wie vorher erwartet, der von ihnen so sehr gewünschte Freiheitskampf.

Der Salafismus ist eine politisierte Religion. Salafisten sind antidemokratisch. Sie sind verfassungsfeindlich und sie lehnen alle Entwicklungen im Islam, wie etwa die Entstehung der etablierten islamischen Rechtsschulen, aber auch liberale Formen des Islams, die Vereinbarkeit mit der Demokratie und die Gleichheit der Geschlechter,

kategorisch ab.

Salafisten zielen in letzter Konsequenz darauf ab, einen islamischen Gottesstaat aufzubauen. Die Anhänger des so genannten „Islamischen Staates“ versuchen den Eindruck zu vermitteln, dass sie in Syrien und im Irak einen solchen Staat gegründet hätten. Dieser vermeintliche „Islamische Staat“ ist aber ausschließlich eine Terrororganisation, die versucht weitere Anhänger und Unterstützer zu gewinnen.

Ich habe es anfangs schon erwähnt, dass insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene vom Salafismus angesprochen werden. Sie lassen sich von den salafistischen Predigern, oft charismatischen Personen, für ihre Ideologie begeistern. In Deutschland kommunizieren diese Prediger in deutscher Jugendsprache und vielfach über das Internet mit jungen Menschen und bieten ihnen einfache Antworten auf die essentiellen Fragen des Lebens und geben ihnen Halt in schwierigen Situationen. Dabei teilen sie die Welt in Gut und Böse, verboten und erlaubt ein. Salafisten vermitteln jungen Menschen Orientierung, ein Gefühl der Zugehörigkeit und der Überlegenheit.

Eines ist bei alledem klar: Der Salafismus ist eine menschenverachtende, intolerante Ideologie. Er widerspricht den Werten und Prinzipien des Grundgesetzes fundamental! Es sind zwar längst nicht alle Salafisten gewalttätig wie die jihadistischen Syrien-Kämpfer. Aber das macht sie nicht weniger gefährlich. Sie vertreten schließlich ebenso demokratiefeindliches Gedankengut und versuchen, junge Leute für ihre Ideologie zu werben. Und das zuletzt leider mit großem Erfolg.

Aber ich möchte betonen: Wir sehen keinesfalls tatenlos zu! Verfassungsschutz und Polizei erfüllen ihren Job vorbildlich, wenn es um die Bekämpfung des Salafismus geht – sei es repressiv oder präventiv. Erst vor kurzem wurde in Niedersachsen eine Präventionsstelle mit dem Namen „beRATen“ gegen salafistische Radikalisierung eingerichtet. Der zugehörige Trägerverein wurde federführend von unserer Sozialministerin Cornelia Rundt gegründet. Die islamischen Verbände DITIB und SCHURA, die Universität Osnabrück und auch Verbände der Jugend- und Sozialarbeit wurden dabei eng beteiligt und eingebunden. Wer in seinem Umfeld Anzeichen salafistischer Radikalisierung erkennt, kann sich zukünftig an diese Stelle wenden.

In Deutschland leben schätzungsweise vier Millionen Muslime. Darunter sind Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen und verschiedener Gesellschaftsschichten. Diese Menschen haben alle eines gemeinsam: Sie führen in Deutschland ein ganz

normales Leben.

Deswegen dürfen wir niemals den Fehler machen und eine kleine Minderheit wie die Salafisten mit einer gesamten Religion, also dem Islam, über einen Kamm zu scheren. Genau das haben aber leider zuletzt einige Protestbewegungen versucht. So etwa die „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) und die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida). Diese Bewegungen rufen Islamisten als Zielscheibe aus. Man will damit alle ansprechen, die Angst vor dem Salafismus haben. Und diese Angst gibt es bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Tatsächlich sind aber auch viele Rechtsextremisten unter den Demonstranten, auch aus den einschlägigen Parteien wie NPD und Die Rechte. Denn Rechtsextremisten versuchen heute immer mehr, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben. Altes, fremdenfeindliches Gedankengut wird hier in neue Schläuche gefüllt.

Die Vorgänge in Syrien und im Irak oder aber die grausamen Anschläge oder Anschlagversuche von jihadistischen Salafisten in Europa – beispielsweise der Überfall auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt in Frankreich im Januar – schüren in der Bevölkerung Ängste und Verunsicherungen. Das sind Ängste und Verunsicherungen, die zum Teil berechtigt sind und die wir ernst nehmen müssen! Allerdings sind Panikmache und Alarmismus nicht der richtige Weg, um auf die Gefahren, die vom Salafismus ausgehen, zu reagieren. Wir müssen verhindern, dass Muslime pauschal für die Taten von wenigen Extremisten verantwortlich gemacht werden.

Islamfeindlichkeit stellt seit einigen Jahren eine neue Form der Fremdenfeindlichkeit dar, die insbesondere im Internet und zugleich bis in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein eine rasante Verbreitung gefunden hat. Ein Beleg hierfür ist die große Resonanz auf solche islamkritischen bis offen islamfeindlichen Aktionsformen wie HoGeSa und Pegida. Beide mobilisieren vor allem über das Internet und treiben auch hier ihre weitere Vernetzung voran. Gleichzeitig ist diese Form der Fremdenfeindlichkeit, die thematisch auf eine befürchtete „kulturelle Überfremdung“ abzielt, ein politisches Aktionsfeld im Rechtsextremismus. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat hier frühzeitig und wiederholt auf die Bedeutung des Kampagnenfeldes Islamfeindlichkeit hingewiesen und wird nicht müde, dies weiterhin zu tun.

Es sind im Übrigen Salafisten, die Islamfeinden Schützenhilfe in ihrer Argumentation liefern. Sie untermauern die Gleichsetzung von Muslimen und Islamisten. Denn schließlich behaupten sie ja von sich selbst, die einzig wahren Muslime zu sein und vereinnahmen öffentlich eine ganze Religion für ihre politischen Ziele. Als angebliche

Vertreter des einzig wahren Islams sprechen sie anders denkenden Muslimen sogar oftmals ab, überhaupt Muslime zu sein.

Hier schließt sich nun der Kreis. Salafisten und Islamfeinde haben bei aller Unterschiedlichkeit eine Sache gemeinsam: Sie stellen sich deutlich gegen einen freiheitlichen Staat und eine offene, tolerante Gesellschaft.

Für das Funktionieren der Demokratie stellt die pauschale Verunglimpfung des Islams und der Muslime durch rechtsextreme Islamhasser eine mindestens ebenso große Gefahr dar, wie islamistische Einstellungen.

Wir als Demokratinnen und Demokraten sind in der Pflicht uns dem Gedankengut von Salafisten wie Islamfeinden entgegenzustellen. Es liegt an uns, die Demokratie jeden Tag aufs Neue im gegenseitigen, friedvollen und respektvollen Miteinander zu leben und zu erleben.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass weder Salafisten noch Islamfeinde unsere Gesellschaft mit ihren Parolen und Ideologien vereinnahmen. Ein Schritt dahin ist es, den Diskurs über den Salafismus und die Islamfeindlichkeit zu versachlichen. Differenzierte Informationen sind das beste Mittel gegen extremistische Positionen.

Ich wünsche Ihnen allen deshalb einen erkenntnisreichen Tag und hoffe, dass das heutige Symposium dazu dient, über die Phänomene des Salafismus und der Islamfeindlichkeit aufzuklären und neue Handlungsansätze hervorbringt.

EINFÜHRUNG

*Maren Brandenburger,
Präsidentin des Niedersächsischen
Verfassungsschutzes*

Sehr geehrter Herr Minister Pistorius,
sehr geehrte Damen und Herren
Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, zur heutigen Veranstaltung ein so zahlreiches und vielschichtiges Publikum aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten begrüßen zu dürfen. Neben den Abgeordneten des Bundestages, des Niedersächsischen Landtages und der Kommunalparlamente begrüße ich auch die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter der Justiz- und Sicherheitsbehörden, aus dem Bereich der Bildungs- und der Präventionsarbeit sowie insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften und Migrantenverbände.

Ich heiße Sie alle herzlich willkommen beim 10. Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Sehr gerne möchte ich auch die Referentinnen und Referenten des heutigen Tages begrüßen, die unserer Einladung gefolgt sind und mit ihren Referaten und Workshop-Angeboten dieses Symposium maßgeblich gestalten werden.

Herr Prof. Dr. Rüdiger Lohlker, der uns als Hauptreferent gleich im Anschluss „Aktuelle Entwicklungen im Salafismus“ vorstellen wird.

Zwei Kurzvorträge der Verfassungsschutzmitarbeiter Daniela Schlicht und Wolfgang Freter werden den Vormittag beschließen.

Herr Prof. Dr. Detlef Pollack von der Universität Münster wird zusammen mit Herrn



Dr. Sven Schönfelder, Politikwissenschaftler im Niedersächsischen Verfassungsschutz, den Workshop 1 zum Thema „Islamfeindlichkeit“ anbieten.

Den Workshop 2 zum Thema „Salafismus im Internet“ wird Herr Sindyan Qasem vom Verein ufuq e. V. aus Berlin gemeinsam mit Herrn Mark Schonnop, Islamwissenschaftler im Niedersächsischen Verfassungsschutz, bestreiten. Der Berliner Verein ufuq befasst sich überwiegend mit den Themen Jugendkultur, Medien und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft.

Für den dritten Workshop zum Thema „Umgang mit Syrienrückkehrern“ begrüße ich herzlich Herrn Florian Endres vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Herrn Philip Frank vom Landeskriminalamt Niedersachsen.

Zum Workshop 4, der sich im Rahmen einer Diskussionsrunde dem Islamismusbegriff widmen wird, begrüße ich als Teilnehmer Herrn Dr. Sadiqu Al-Mousllie vom Zentralrat der Muslime in Deutschland und Herrn Dr. Michael Kiefer von der Universität Osnabrück. Als weitere Diskussionsteilnehmerin steht Frau Vera Kleine, Referatsleiterin Islamismus im Nds. Verfassungsschutz, zur Verfügung. Ich begrüße auch die Journalistin Frau Düzen Tekkal, die diesen Workshop moderieren wird.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Bereitschaft und Ihr Interesse, an diesem Symposium mitzuwirken und bin sicher, dass wir eine sehr interessante Veranstaltung erleben werden.

Meine Damen und Herren,

Salafismus und Islamfeindlichkeit sind vielschichtige Probleme, die eine differenzierte Reaktion verlangen und aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden müssen. Für das heutige Symposium haben wir deshalb ein sehr komplexes Format gewählt. Erstmals ergänzen wir Fachvorträge mit grundsätzlichen Ausführungen durch Workshops, in denen einzelne Aspekte vertieft dargestellt und diskutiert werden können. Das Symposium verleiht zugleich der Spannweite der Verfassungsschutzarbeit von Gefahrenanalyse bis zur Präventionsarbeit Ausdruck.

Die größte Herausforderung für die Sicherheit in Deutschland resultiert derzeit zweifellos aus den Aktivitäten des sogenannten Islamischen Staates. Den Ausreisenden und Rückkehrern aus Syrien gilt das besondere Augenmerk der deutschen Sicherheitsbehörden. Mit dem Blick hierauf sprechen wir von einer unverändert hohen

abstrakten Gefahr. Herr Minister Pistorius hat eingangs mit seinen Ausführungen darauf hingewiesen.

Gemeint ist damit, dass bei den Syrien-Rückkehrern ein Motiv zur Durchführung von Anschlägen und die Fähigkeit hierzu vermutet werden können, zum einen weil eine Radikalisierung des Denkens stattgefunden hat und zum anderen weil durch entsprechende Verbindungen zu Terrornetzwerken die logistischen Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Es muss deutlich betont werden: Der Hinweis auf eine hohe abstrakte Gefährdung bedeutet nicht das Wissen über konkrete Anschlagpläne. Dies macht die Aufgabe für die Sicherheitsbehörden so schwierig und so aufwendig, denn die Erfahrung lehrt aufgrund zahlreicher Beispiele, dass die abstrakte Gefahr sehr schnell in konkrete Taten umschlagen kann.

Für uns hat dies zur Konsequenz, dass wir jedem, auch dem kleinsten Hinweis akribisch nachgehen müssen und nicht vorschnell und leichtfertig Entwarnung geben dürfen. Dementsprechend hoch sind der Zeitaufwand und der Personaleinsatz für die veranlassten Maßnahmen. Alle Sicherheitsbehörden befinden sich in einer angespannten Situation. Glauben Sie mir: Wir sind uns bewusst, welche Ängste die Anschläge in Frankreich ausgelöst haben und welche Erwartungen sich an uns richten. Dennoch wird es keine absolute Sicherheit geben können, denn in die Köpfe potentieller Täter können auch wir nicht schauen. Aber die niedersächsischen Sicherheitsbehörden unternehmen alles, um möglichst frühzeitig mögliche Anschlagpläne zu erkennen.

Bei aller Abscheu vor den grausamen Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates dürfen wir nicht von der Tragik unberührt bleiben, dass junge Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft ihr kaum gelebtes Leben für Wahnideen opfern. Bei vielen Eltern und Familienangehörigen herrschen Angst, Sorge und Verzweiflung über diesen ideologischen Irrweg ihrer Kinder. Das Erkennen und Zerschlagen von Rekrutierungsmechanismen salafistischer Netzwerke ist deshalb nicht nur aus Gründen der inneren Sicherheit geboten, sondern es dient auch dem Schutz dieser Jugendlichen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zu einem weiteren wesentlichen Aspekt der Verfassungsschutzarbeit überleiten, zur Extremismus- Prävention. Ob über Salafismus oder Rechts- und Linksextremismus: Der Verfassungsschutz sammelt in allen extremistischen Phänomenbereichen kontinuierlich Informationen über ideologische Entwicklungen, Aktionen, Propaganda- und Werbemethoden. Diese Informationen entfalten ihre Wirkung nur dann, wenn sie in die Öffentlichkeit getragen und diskutiert werden. Sie sind ein wichtiger Baustein einer gesamtgesellschaftlichen Ausein-

andersetzung mit Extremismusphänomenen.

Wir wissen, dass wir uns nicht im Besitz eines Interpretationsmonopols befinden. Vielmehr unterliegt die Auseinandersetzung mit dem Extremismus dem Diskurs. Auch dazu soll dieses Symposim dienen. Nur so kann der Extremismus in allen seinen Aspekten ausgeleuchtet und in seiner Komplexität verstanden werden, nur so können einseitige Sichtweisen korrigiert werden. Der Austausch mit der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft ist uns wichtig und wir werden ihn weiter ausbauen. Der Niedersächsische Verfassungsschutz tut dies bereits mit seiner im Jahr 2014 begonnenen Reihe „Aktuell & Kontrovers“.

Am 30. September 2014 haben wir diese mit dem Thema „Was ist Linksextremismus heute?“ begonnen. Am 10. Dezember 2014 wurde das heutige Thema unter der Fragestellung „Wie gehen wir mit dem Salafismus in der Praxis um?“ näher beleuchtet. Und auch im Jahr 2015 werden wir diese Reihe fortsetzen.

Das heutige Symposium ist eine weitere Etappe auf diesem Weg hin zu mehr Öffnung und Diskurs. Der Austausch mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft sorgt regelmäßig für etwas „frischen Wind“ im Verfassungsschutz.

Gesellschaft und Politik unterliegen einem ständigen Wandel und damit auch der mit diesem Wandel korrespondierende Extremismus. Für die Bewertung des Extremismus ist es deshalb unverzichtbar, gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu berücksichtigen. Immanente Betrachtungen führen nicht weit. An der Entwicklung des Islamismus lässt sich dies gut nachvollziehen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA konzentrierten sich die Sicherheitsbehörden zunächst auf naturwissenschaftlich ausgebildete jüngere Muslime, auf sogenannte Schläfer und auf formlose Verbindungen von Islamisten, die mit dem Arbeitsbegriff non-aligned Mudjahedin erfasst wurden. Niemand hätte sich zum damaligen Zeitpunkt vorstellen können, dass nur wenige Jahre später ein Gebilde mit der Bezeichnung Islamischer Staat existieren würde und genauso unvorstellbar war die Bereitschaft hunderter junger Menschen in Deutschland, sich den menschenverachtenden IS-Kämpfern anzuschließen. In beiden Fällen korrespondiert eine außenpolitische mit einer innenpolitischen Entwicklung.

Verfassungsschutzmitarbeiter müssen befähigt sein und befähigt werden, solche Zusammenhänge und Entwicklungen zu erkennen, um frühzeitig Gefahrenprognosen zu erstellen und adäquate Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Arbeitsroutinen nach dem Motto „Das haben wir schon immer so gemacht“ und das Beharren auf

veralteten Sichtweisen und Interpretationsmuster führen in einer Zeit des Wandels nicht weit.

Der rasante Bedeutungszuwachs des Internets in den letzten 10–15 Jahren markiert eine irreversible Zäsur, deren politische und gesellschaftliche Tragweite noch nicht absehbar ist. Nachhaltige Veränderungen der politischen Kommunikation, der politischen Partizipation und der Steuerung ökonomischer Prozesse sind bereits zu erkennen. Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind zu erwarten, ob positiv oder negativ sei an dieser Stelle dahingestellt.

Mir geht es um einen anderen Aspekt: Das Internet ist das erste Massenmedium, das Extremisten für ihre Zwecke nutzen können. Sie tun dies in exzessiver Weise. Sadistische Enthauptungsvideos und andere Propagandavideos tragen die Botschaften der Salafisten in Syrien und im Irak in weit entfernte Länder, über das Internet verbreitete Anleitungen zur Herstellung von Bomben oder zur Begehung von Gewalttaten animieren den potentiellen Attentäter. Hasspredigten und Kampfgesänge dienen via Netz der ideologischen Aufrüstung.

Eines kann als sicher gelten: Ohne die Möglichkeiten des Internets hätte der Salafismus seine Werbewirksamkeit unter jungen Menschen in westlichen Ländern nicht so entfalten können. Folglich muss sich die Präventionsarbeit im Bereich des Salafismus in besonderer Weise mit den Internetdarstellungen auseinandersetzen. Wir haben diesem wichtigen Aspekt heute Nachmittag einen eigenen Workshop gewidmet.

Das Internet hat aber nicht nur für die Verbreitung salafistischer Botschaften zentrale Bedeutung, sondern auch für das Schüren einer islamfeindlichen Stimmung. Islamfeindliche Kundgebungen wie die Serie der Pegida-Veranstaltungen oder die Demonstrationen der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) wären ohne die Werbung und die Mobilisierung über das Internet in dieser Form nicht möglich gewesen. In den einschlägigen Internet-Foren vermischen sich bürgerliche Ressentiments mit rechtsextremistischer Kommentierung. Dies führt zu Veränderungen in den Erscheinungs- und Propagandaformen des Rechtsextremismus. Wir werden hierzu in den Vorträgen noch etwas hören.

Ihnen dürfte klar geworden sein, wie wichtig die Internetauswertung für die Arbeit des Verfassungsschutzes geworden ist. Die ständige Schulung der Mitarbeiter und eine adäquate Ausstattung der Arbeitsplätze sind die Voraussetzung dafür, dass wir

diese Aufgabe sach- und fachgerecht erfüllen können. Wir sind auf einem guten Wege, die Voraussetzungen hierfür zu verbessern.

Damit allein aber ist es nicht getan. Die inhaltliche Fortbildung über ideologische Entwicklungen im Extremismus, einschließlich der politischen Rahmenbedingungen, hat einen mindestens genauso hohen Stellenwert, denn es sollen ja nicht alleine personelle Verbindungen aufgezeigt werden. Tattaten stehen in der Regel am Ende einer ideologischen Radikalisierung.

Lassen Sie mich noch auf einen letzten, sehr wichtigen Punkt eingehen. Er steht in Verbindung mit der bereits angesprochenen Islamfeindlichkeit. Die Auseinandersetzung mit dem Salafismus darf auf keinen Fall so geführt werden, dass ein Generalverdacht gegen Bürger muslimischen Glaubens entsteht.

Das wäre fatal!

Es muss zwischen Islam und Islamismus viel stärker differenziert werden, auch gesamtgesellschaftlich.

Bereits der Begriff Islamismus wird von vielen Muslimen als Belastung empfunden, weil er sich an die Religionsbezeichnung anlehnt. Auf diese Weise werde, so gaben uns Vertreter muslimischer Verbände zu verstehen, bei unkundigen Bürgern der Eindruck erweckt, der Glaube und nicht eine politische Ideologie sei das Problem. Wenn man sich die Beiträge in islamfeindlichen Foren wie pi-news betrachtet, ist diese Sorge nur allzu berechtigt. Andererseits ist es schwer, für einen etablierten Begriff ein akzeptiertes und akzeptables Synonym zu finden. Letztlich ist es ein Arbeitsbegriff für Sicherheitsbehörden. Dennoch: erst der Versuch macht klug. Wir meinen, über diesen aus unserer Sicht verständlichen Wunsch sollte diskutiert werden. Ich bin gespannt, zu welchen Ergebnissen und vielleicht auch konkreten Vorschlägen die Diskussion am heutigen Nachmittag kommt. Zum Reformprozess des niedersächsischen Verfassungsschutzes gehört die Öffnung, das Angebot zum Gespräch und die Bereitschaft zuzuhören.

Uns ist bewusst, zu welchem enormen Vertrauensverlust die Fehler der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund geführt haben. Vertrauen lässt sich nur durch Transparenz, hohe Fachkompetenz und Dialogbereitschaft zurückgewinnen.

In diesem Sinne stimmt mich der große Zuspruch, den unser heutiges Symposium - wie bereits die vorangegangenen Veranstaltungen - erfährt, hoffnungsfroh, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Wir werden den Dialog mit Vertretern von Glaubensgemeinschaften und Migrantenverbänden in nächster Zeit fortsetzen.

Solche regelmäßigen Kontaktveranstaltungen haben nicht nur den Zweck, Vertrauen zu schaffen, sie sollen zugleich auch einen Beitrag zur Förderung der interkulturellen Kompetenz unserer Mitarbeiter leisten.

Demselben Ziel dienen Informationsbesuche, die Mitarbeiter unseres Hauses bislang in die Liberale Jüdische Gemeinde in Hannover-Leinhausen, in die DITIB-Moschee in der Stiftstraße und in die Alevitische Gemeinde Hannover geführt haben. Wir werden die Reihe dieser wertvollen Fortbildungsveranstaltungen fortsetzen.

Noch einmal zurück zur regelmäßig durchgeführten Dialogveranstaltung. Vertreter afrikanischer Verbände hatten beim letztjährigen Treffen vorgeschlagen, sich beim nächsten Mal über rassistische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft auszutauschen. Die Reaktion auf die in Deutschland Zuflucht suchenden Asylbewerber in Teilen der Bevölkerung zeigt, wie berechtigt dieser Vorschlag ist.

Ich könnte mir vorstellen, dass unser nächstes Symposium sich mit dem Thema Asylbewerber und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzt.

Die 1947 geborene amerikanische Philosophin Martha Nussbaum, eine der einflussreichsten Philosophinnen der Gegenwart, die als Professorin für Politische Philosophie, Recht und Ethik an der University of Chicago lehrt, hat im letzten Jahr ein viel beachtetes Buch mit dem Titel „Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst“ veröffentlicht.

Nussbaum warnt davor, sich von Ängsten vor Terrorakten, (die für sie durchaus verständlich und nachvollziehbar sind), dominieren zu lassen, und gibt in ihrem Resümee zu bedenken:

„Eine politische Kultur, die von Dauer sein soll, muss über Menschen nachdenken und wie sie die Welt sehen. Menschen aber sind nicht sehr verlässlich: Gerne kümmern sie sich um ihre eigenen Dinge und begreifen ihre Nachbarn nicht. Unser gegenwärtiges Klima der Angst zeigt, dass die Menschen nur allzu leicht von guten Werten und Gesetzen entfremdet werden können, wenn Unsicherheit und Bedrohung herrschen.“

In einer ähnlichen Situation befinden wir uns gerade.

Martha Nussbaum, die darüber hinaus Trägerin von 30 Ehrendoktorwürden ist, be-

endet ihr Buch mit folgendem Satz. Betrachten Sie ihn als Appell:
„Wir brauchen also den Geist der Neugier und der Freundschaft.“

In diesem Sinne wollen wir gemeinsam dieses Symposium erleben.

SALAFISMUS – AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

*Prof. Dr. Rüdiger Lohlker,
Universität Wien*

Erlauben Sie mir zu Beginn einige begriffliche Klarstellungen, die es hoffentlich erleichtern werden, meinem Gedankengang zu folgen. Vorab eine Bemerkung: Ich werde mich um eine globale Perspektive bemühen.

Mit Bezug auf Salafismus hat sich eine Unterteilung in drei Strömungen eingebürgert: Quietisten, Politicos, Dschihadisten. Diese auf die 1990er Jahre zurückgehende Unterteilung hat m. E. Inzwischen an Wert verloren. Diese anhand der jordanischen Verhältnisse bis in die 1990er Jahr entwickelte Typologie war schon für andere arabische Staaten der Zeit schwer zu übertragen, für Europa scheint sie sich um vieles mehr zu korrigieren.



Neue Typologie dess Salafismus

Die ältere Typologie kann zwar auf den ersten Blick nützlich erscheinen, ist aber nicht in der Lage, Veränderungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Unterströmungen des Salafismus, die sich verändernden, politisch zu nennenden Beziehungen zwischen salafistischer Strömung und einer sich transformierenden Staatsmacht und der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kaum angemessen abzubilden. Zentral ist die Rolle, die die in der Religion begründete Reform des Lebensstiles, der Identitätsbildung, ja der täglichen Routinen für die Mitglieder der salafistischen Netzwerke hat; wichtig ist für sie die Errichtung einer harmonischen und einheitlichen Gemeinschaft. Die Lebensstiländerung und Bildung einer eigenen Identität macht

die salafistischen Strömungen insbesondere für junge Menschen besonders attraktiv. Nach Zygmunt Baumann bilden diese Strömungen Neostämme (Lebensstilgruppen, Erlebnismilieus und Gangs), die kein anderes Bindemittel haben als den Wunsch nach Zugehörigkeit. Trotz dieser Lebensstilorientierung und damit einhergehender Selbstinszenierungen zeigen diese Strömungen auch politische Effekte.

Alle salafistischen Strömungen beschäftigen sich zudem in irgendeiner Form mit Distinktionspolitik, mit der Zurückweisung des Druckes einer undifferenziert vorgestellten Kultur der Mehrheitsgesellschaft, die keinen Raum für Diversität lässt. Diese Zurückweisung kann unterschiedliche Formen annehmen. Es kann zur Nutzung von Aktionsformen kommen, die in den öffentlichen Raum der Mehrheitsgesellschaft hinein wirken, z. B. Beteiligung an Wahlen, Petitionen, Treffen mit PolitikerInnen. Eine andere Handlungsweise lässt sich als Politik des Widerstands bezeichnen. Dies meint im salafistischen Kontext Aktivitäten, die auf eine Veränderung der als unterdrückend vorgestellten Strukturen der Mehrheitsgesellschaft zielt, die die Verwirklichung des wahren Islams im salafistischen Verständnis verhindert. Dies bedeutet in erster Linie das Bestreben, die Gesellschaft im salafistischen Sinne zu islamisieren. Im Rahmen der Politik des Widerstands sind zwei Varianten erkennbar. Die eine Variante zielt auf die Werbung für den salafistisch verstandenen Islam (*da'wa*), die andere auf eine gewaltsame Durchsetzung. Die Grenzen sind insbesondere in der theoretischen Begründung schwer abzustecken.

Die Konstruktion einer globalen Gemeinschaft, die als Widerstands- und Mobilisierungsressource dient, enthält in ihrer indirekten Form eine höchst politische Botschaft. Die Orientierung auf eine insbesondere in Ägypten und Tunesien – aber auch in europäischen Staaten wie Deutschland – anzutreffende Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung eines salafistisch kodierten Lebensstils, die auf einer Kombination von Lifestyle-Politik (Selbstemblematisierung) und Distinktionspolitik beruht, lässt sich zudem als eine kollektiv gewaltsame Widerstandspolitik (jenseits des Dschihadismus) kategorisieren.

Die Distinktionspolitik der salafistischen Strömungen hat im arabischen Raum – aber auch in Europa (2012 Attentat auf schiitische Moschee in Brüssel, Tod des Imams) – einen Aspekt, der wenig wahrgenommen wird: die dezidiert antischiitische Haltung. Dieser Aspekt verbindet die gesamte salafistische Strömung mit der vorherrschenden religiösen Lehre in Saudi-Arabien. Es gibt allerdings Differenzen in der religiösen Lehre zwischen manchen Teilen der salafistischen Strömung und dem saudischen Mainstream.

In der arabischen Welt hat sich, gefördert von den arabischen Golfstaaten und manchen Regierungen, eine Wende von Teilen des quietistischen/politico Lagers des

Salafismus zur parlamentarischen Politik vollzogen, die zu einer Einbuße an Attraktivität des Distinktionsangebotes dieses Salafismus geführt hat. Ein Teil der Salafisten zieht sich aus der politischen Aktivität zurück, während ein anderer Teil immer wieder zu kollektiv gewaltsamen Aktionen greift. Dies lässt sich gut am tunesischen Beispiel demonstrieren. Die letzten beiden Entwicklungen wirken inzwischen bis in die Türkei hinein.

Die bereits früh festzustellende, theoretisch-religiös nicht begründete Abgrenzung von gewaltsamer (und auch politischer) Aktivität durch manche salafistische Strömungen war eher motiviert durch die Furcht, dass durch einen organisierten militärischen Kampf, der ‚Virus‘ organisatorischer Spaltung in die salafistische Strömung hineingetragen werde (ein Fall von *hizbiyya*), als durch eine prinzipielle Ablehnung etwa des militärischen Dschihad. Individuell gibt es immer wieder Ablehnung gewaltsamen Handelns durch Salafisten, aber von einer systematisch, religiös begründeten Ablehnung von Gewalt in der salafistischen Strömung ist nicht auszugehen. Hier wirkt sich die methodische Nähe zu dschihadistischen Positionen aus, beide folgen ja explizit der selben „Methode“ (*minhaj*), was Verwischung der Abgrenzungen relativ leicht macht.

Deshalb ist auch eine Einbindung salafistischer Kräfte im Deradikalisierungs- bzw. Präventionsbereich problematisch.

Dschihadismus

Vom Salafismus als breiterer Bewegung ist m. E. der Dschihadismus zu unterscheiden. Dies gilt trotz Selbstbezeichnungen wie *salafiyya-jihadiyya* bzw. *jihadiyya-salafiyya* und des o. e. Faktums der methodischen Nähe.

Ausschließen möchte ich aus diesem Phänomenbereich auch Organisationen wie die HAMAS in Palästina oder die Hizbullah im Libanon (und darüber hinaus), die zwar vom militärischen Dschihad sprechen, dies aber in einem begrenzten regionalen Rahmen tun. Es gibt zwar Überschneidungen mit dem Dschihadismus, aber der Unterschied ist so groß, dass HAMAS im Gazastreifen dschihadistische Gruppen niedergekämpft hat oder die Hizbullah im Libanon, in Syrien und wohl auch im Irak gegen Dschihadisten kämpft. Ein spezifischer Fall sind die Taliban.

Dschihadismus ist also für mich eine in den 1980ern entstandene transnationale Strömung mit verschiedenen Subkulturen, die territoriale Schwerpunkte haben kann und hat, aber grundsätzlich global agiert.

Globaler Dschihadismus

Wir können verschiedene Bereiche in dieser Strömung unterscheiden. Historisch wichtig ist die Organisation der al-Qa'ida. Dazu kommen die verschiedenen Filialorganisationen, besonders im Jemen und im Maghrib.

Dschihadistische Organisationen mit lokalen bzw. regionalen Schwerpunkten und einer Verbindung zum transnationalen Dschihadismus finden sich in Pakistan (z. B. Lashkar-e Tayyiba, Tahrir-e Taliban), im Kaukasus (jetzt Kaukasus Emirat), Ostafrika (Shabaab), Westafrika (Boko Haram).

Mit territorialer Verankerung hat sich jetzt IS/Da'ish als neuer Spieler im dschihadistischen Feld etabliert und damit eine neue Qualität des Dschihadismus erreicht.

In Europa ist die Struktur der Sympathisantinnen und Sympathisanten eher divers mit einer Oberhand für IS/Da'ish als erfolgreichem Modell.

Al-Qa'ida vs. IS/Da'ish

Der historische Kern von al-Qa'ida um al-Zawahiri agiert gegenüber der starken Präsenz des IS-Kalifates eher hilflos. Zu den einzigen wirklichen Aktivposten zählt die syrische Jabhat al-Nusra, die auch militärisch in direkter Konkurrenz zum IS-Kalifat steht. Allerdings sollte sie nicht als eine homogene Organisation verstanden werden; sie ist eher immer noch eine Dachorganisation. Strategisch hat sie als Perspektive ebenfalls ein Kalifat, aber – und hiermit eher in der Tradition von al-Qa'ida – eher vage in der Zukunft. Der Weg dorthin wird aber schrittweise gedacht, nicht als durch eine rein einseitige Ausrufung eines Kalifats wie durch IS/Da'ish machbar.

Weiter ist zu nennen die al-Qa'ida auf der Arabischen Halbinsel mit dem Schwerpunkt Jemen. Angesichts der jüngsten Ereignisse im Jemen ist die Entwicklung der Organisation nicht absehbar. Unabhängig agiert die Harakat al-Shabaab in Somalia, die sich an al-Qa'ida orientiert – zumindest teilweise.

IS/Da'ish stellt eine neue Erscheinung dar. Einerseits die tatsächliche territoriale Kontrolle, auch wenn sie geringer als Landkarten in den Medien suggerieren, andererseits die hoch bürokratische Struktur mit statistischen Jahresberichten u. a. m., die bereits grundsätzlich bei der Vorläuferorganisation Islamischer Staat Irak feststellbar war, sind Innovationen im Bereich des Dschihadismus. Innovativ ist auch die Steigerung der Onlinepropaganda hinsichtlich ihrer Intensität und Reichweite.

Die wichtigste theoretische Innovation ist die Ausrufung des IS-Kalifats 2014. Zwar besitzt auch al-Qa'ida die (Zukunfts-)Perspektive eines Kalifats in undeutlicher Form, zwar haben die Taliban mit ihrem Anführer Mulla ‚Umar und seinem Titel eines ‚Befehlshabers der Gläubigen‘ in impliziter Weise ähnliche Tendenzen gezeigt, der Beschluss zur Ausrufung des IS-Kalifates bildet aber einen Einschnitt in der Geschichte des Dschihadismus.

Wenn wir auch nicht davon können, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Islam allgemein und dem Dschihadismus gibt, haben bestimmte Strukturen modernen islamischen Denkens – z. B. im allgemeinen Salafismus – den Denkraum geliefert. Dieser ist dann in spezifisch dschihadistischer Weise mit enormen Einsatz ausgebaut worden. Die textuelle und audiovisuelle Produktion religiösen Inhalts von dschihadistischer Seite ist äußerst umfangreich. Ein Ignorieren dieser enormen Investition an Arbeit und Denken, dieses für unbeachtlich zu erklären, gegenüber den organisatorischen, technischen und personellen Aspekten des Dschihadismus als Terrorismus ist irrig. Vertreter dieser Auffassung müssen eher erklären, warum dieser Aufwand denn betrieben wird.

IS/Da'ish konstruiert nun im Rahmen der dschihadistischen – und salafistischen/wahhabitischen, auf die es Bezugnahmen gibt – eine eigene IS-Theologie, die gekennzeichnet ist durch die genau ausgearbeitete Integration erfolgreicher Gewaltanwendung mit dem Begriff des Kalifats, der Begründung einer Plünderungsökonomie, der Überhöhung der eigenen Gruppe als absolut erlösungswichtig vor dem Hintergrund apokalyptischer Vorstellungen. Dass diese IS-Theologie durchaus einem straff organisierten bürokratischen Apparat dienlich sein kann, ist kein grundlegender Widerspruch; beides ergänzt sich.

Es handelt sich also *auch* um islamisch geprägte Vorstellungen, die damit *auch* bekämpft werden können und müssen.

IS/Da'ish steht in scharfer Konkurrenz insbesondere zur al-Qa'ida und versucht in deren Einflussregionen neue Provinzen (*wilayat*) aufzubauen, d. h. Filialorganisationen, z. B. im Jemen. Zugleich orientieren sich Organisationen am erfolgreichen Modell von IS/Da'ish. Boko Haram bekundet so Loyalität, verfolgt aber zugleich eigene Projekte. In Indonesien sind die Grenzen eher fließend mit leichtem Übergewicht für IS/Da'ish.

IS/Da'ish versucht bewusst, Teile der anderen dschihadistischen Subkulturen auf seine Seite zu ziehen. So hat im April 2015 die rechte Hand des prominenten IS-Kommandeurs ‚Umar al-Shishani Dschihadisten in Tschetschenien und Dagestan aufge-

fordert, sich IS/Da'ish anzuschließen und nicht dem Kaukasus Emirat. Zu dem Zweck der Schwächung des Kaukasus Emirates zeigt diese Erklärung eine kleine taktische Anpassung des IS/Da'ish, weg von der Aufforderung die *hijra* zu unternehmen, also in das Gebiet des IS-Kalifates zu reisen, hin zu Operationen im Kaukasus selber. Dies zeigt wiederum die hohe Flexibilität der Operationen und Aussagen von IS/Da'ish, so dass sichere Aussagen über Strategien und Taktiken nur bedingt möglich sind.

Wir finden auch weltweit immer wieder Neubelebungen dschihadistischer Gruppierungen. So hat unlängst trotz der jüngsten Erfolge der indonesischen Sicherheitskräfte gegen mit IS/Da'ish verbundenen Netzwerken eine Gruppe, die sich „Mujahidin Indonesia Timur“ (MIT) nennt, sich erneut geäußert.

Auf theoretischer Ebene ist eine Spaltung zwischen dschihadistischen Theoretikern/Gelehrten, die IS/Da'ish insbesondere für die Ausrufung des Kalifates kritisieren und eher al-Qa'ida unterstützen. Eine kleinere Gruppe von Theoretikern/Gelehrten liefert die religiöse Begründung für IS/Da'ish; dies Gruppe ergänzt sich selber durch Aktivistinnen, z. B. Mohammed Mahmoud, der es inzwischen zum Ehrentitel des ‚Scheich‘ gebracht hat und u. a. etliche Traktate produziert hat.

Propaganda und Infowarfare Online

Wir finden zwei unterschiedliche Ebenen dschihadistischer Propaganda online: die Kernuser und die Sympathisanten. Ein Eintrag in einem dschihadistischen tumblr-Blog vom 14. März 2015 unterscheidet so zwischen:

- a) offizieller dschihadistischer Propaganda und
- b) dschihadistischer Propaganda der Helfer (*ansari*).

Die offizielle Propaganda zeichne sich aus durch

- hohe Qualität gegenüber der mit Ausnahmen mittleren und schlechten Qualität der Sympathisantenpropaganda
- einen beschränkten, genau definierten Inhalt gegenüber dem Gebrauch dschihadistischer und traditioneller Medienerzeugnisse durch die Sympathisantenpropaganda
- das sich nicht um Verbreitung kümmern gegenüber dem Fokus auf Dissemination durch die Sympathisantenpropaganda
- geringe oder mittlere Quantität entsprechend den Umständen gegenüber der

ständig hohen Quantität der Sympathisantenpropaganda und

- das Erfordernis professioneller Ausbildung gegenüber der einfachen und schnellen Ausbildung für die Sympathisantenpropaganda.

Diese Klassifizierung spiegelt treffend die Aufteilung der dschihadistischen Medienproduzenten wieder. Dazu kommt noch die Ebene der Verteiler, die Links mit anderen teilen, ihre Handys mit entsprechenden Apps ausstatten, um Nachrichten offizieller Propaganda zu erhalten u. ä.

Die dschihadistische Onlinepropaganda hat schon immer sich der besten technischen Errungenschaften bedient. Was gerade mit IS/Da'ish neu erscheint ist die Breite der Onlinepropaganda, die die verschiedenen Plattformen des Internet mit guter Beherrschung nutzt; wenige haben eine gewisse Resilienz gezeigt. Hier ist eine Komplementarität mit der weit verbreiteten Internetnutzung und der weit angebotenen Ressourcen entstanden, die multilingual genutzt wird – wenn auch die arabische Sprache weiterhin legitimatorisch einen hohen Rang einnimmt.

Die oben beschriebene Teilung der Internetproduktion zeigt sich auch einer Untersuchung aus dem Herbst 2014 gemäß in der Resilienz Versuchen gegenüber, die Wirksamkeit einzuschränken. Die Kernuser konnten sich schnell rekonfigurieren, die Sympathisanten und insbesondere die Verteilerebene brauchten längere Zeit.

Betrachten wir nun die Onlinepropaganda selber! In den beherrschten Gebieten ist diese Propaganda nicht von großer Bedeutung, da der Zugang zum Internet für die beherrschte Bevölkerung zumindest schwierig ist. Aus dem Kontext des IS/Da'ish erhalten wir immer wieder Dokumente, die schlicht gedruckt sind: Flugblätter, Erklärungen, Fatwas u. a. m.

Wir können die Onlinepropaganda ebenfalls typologisieren. Die Typologie, die ich Ihnen vorstellen werde, ist für die meisten dschihadistischen Organisationen und Gruppen festzustellen.

Auf der obersten Ebene haben wir die offiziellen Erklärungen der einzelnen Organisationen und Gruppen zu aktuellen Anlässen, seien es Anschläge, militärische Operationen, politische Ereignisse, Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen und Organisationen. Solche Informationen werden auf den einzelnen Plattformen mittels offizieller Kanäle auf Twitter, YouTube etc. verbreitet, auch über Blogs, jetzt auch vermehrt auf tumblr, aber auch immer noch über dschihadistische Foren. Auch theoretische Schriften – zumeist in arabischer Sprache – sind auf dieser Ebene anzusiedeln. Auf einer zweiten Ebene erfolgt die Weiterverbreitung dieser Inhalte durch KernuserInnen, die auch eigene Inhalte beisteuern und produzieren, zum Teil auch

an Diskussionen in Foren teilnehmen. Auf der dritten Ebene werden die rezipierten Materialien weiterverbreitet, häufig auch auf einfache Parolen reduziert (paradigmatisch: *baqiya*).

Auf der vierten Ebene finden sich die reinen Rezipienten der Materialien.

Relativ neu ist die Anwendung von Defacements durch IS-Sympathisanten. Es ist zu vermuten, dass solche Aktivitäten zunehmen werden.

Es gibt bekanntermaßen mehrere Aspekte der dschihadistischen Onlineaktivitäten, neben der Propaganda, Werbung und Rekrutierung, Finanzierung und Kommunikation. Den breitesten Raum nimmt neben der Propaganda die Werbung bzw. Anwerbung von SympathisantenInnen bis hin zur Rekrutierung ein. Letzterer führt in den Offline-Bereich hinein, sei es via Messengerdienste oder Face-to-Face-Kontakte. Wie sind nun die Effekte einer solchen Propaganda jenseits des gerade genannten (An-)Werbeeffektes?

Wir können die Komplexität der Wirkungen der Propaganda an einem Beispiel demonstrieren. Im Februar 2015 hat die *wilayat Niniva* des IS/Da'ish ein Video über die Zerstörung von Antiken in einem Museum in Mossul im Irak online gestellt; ein weiteres folgte. Eine Feinanalyse zeigt, dass dadurch mehrere Ebenen angesprochen werden: 1) die internationale Öffentlichkeit: in einem Moment, in dem von einer Schwächung des IS/Da'ish gesprochen wird, wird Aktionsfähigkeit gezeigt, Medienaufmerksamkeit generiert, 2) der illegale Kunstmarkt: zwar werden zumeist nur Kopien zerstört (der Normalfall in Provinzmuseen im Irak ist die Ausstellung von Kopien) zerstört, trotzdem wird die Verfügbarkeit von Antiken zum Verkauf signalisiert (es gibt offensichtlich Plünderungskampagnen durch IS/Da'ish), 3) es wird die spezifische irakische Identität angegriffen, 4) es wird SympathisantenInnen ein entschiedenes Vorgehen gegen unislamische Präsenzen auf dem Gebiet des IS-Kalifates gezeigt und zugleich die Wirksamkeit der IS-Moralpolizei (das erste Video ist Teil einer Reihe, die auch Zigarettenverbrennungen zeigen), 5) es wird ideologisch ein Raum frei von anderen Identitäten als der des IS/Da'ish geschaffen.

Wie werden so propagandistisch vorbereitete Perspektiven in die Praxis umgesetzt?

Beziehungen zwischen Ansar/Sympathisanten und ausgebildeten Terroristen

Folgend einer Typologie, die auf stratfor.com veröffentlicht wurde, möchte ich unterschiedliche direkte Gefährdungsstufen unterscheiden (in absteigender Reihung):

a) Professionelle Terroristen mit fortgeschrittenen operativen Fähigkeiten, in der Lage komplexe Operationen zu planen und auszuführen (z. B. IS, al-Qa'ida u. a.)

- b) Aktivisten, die von professionellen Terroristen dirigiert und angeleitet werden (z. B. Richard Reid 2001, 1. WTC-Anschlag 1993)
- c) Aktivisten, die intensiveres terroristisches Training erhalten haben, d. h. Waffentraining, Planung, Bombenherstellung, Überwachung und Sicherheit (z. B. London 7/7 2005, Times-Square-Bomber 2010)
- d) Aktivisten, die Training mit Handfeuerwaffen erhalten haben (z. B. Charlie-Hebdo-Angreifer)
- e) kaum oder wenig Anleitung durch professionelle Terroristen, indirekte Anleitung durch Internetressourcen (z. B. Boston Marathon-Bomber 2013, 11-M-Madrid 2004)
- f) kaum oder überhaupt kein Training (versuchter Anschlag auf das Capitol Januar 2015)

Aufgrund der möglichen Quantität von Angriffen sind gerade die drei letzten Gruppen bei Gelingen genauso gefährlich wie die ersten drei Gruppen.

Wobei zu bedenken ist, dass gerade für Europa (oder Nordamerika) die Gefahr statistisch recht gering ist, verglichen mit Nordafrika, dem Mittleren Osten oder Afghanistan/Pakistan.

Europa

Für Europa stellt sich die Situation wie folgt dar. Einerseits ist die grobe Spaltung zwischen IS/Da'ish und al-Qa'ida durchaus vorhanden, besonders auf propagandistischer Ebene, aber auch dort nicht mehr so virulent wie vor einem Jahr. Ausgehend von der Beobachtung der Onlinekommunikation scheint mir dieser Trend erkennbar, zumal – verstärkt durch die Medienberichterstattung – IS/Da'ish einen deutlich stärkeren Attraktor ist, d.h., dass die Zuordnung zu einem Lager ‚vor Ort‘ höchst pragmatisch gehandhabt wird, kein Indikator für oder gegen Zugehörigkeit zu einem Netzwerk bildet.

Die Diffusität insbesondere der Propaganda von IS/Da'ish, die sich auf wenige Zentralbegriffe und Parolen konzentriert, ermöglicht sicherlich ein leichteres Ankoppeln durch religiös nur leicht eingefärbte Individuen als die komplexeren Theologeme der historischen al-Qa'ida. Trotz der weiterhin bestehenden gewissen Distanz scheint mir europaweit eher eine Tendenz zu bestehen, die Unterschiede pragmatisch zu handhaben. Dies entspricht der hohen Diffusität von Netzwerken, die sich immer wieder für Anschläge bilden (s. schon Scott Atrans Darstellung des Netzwerkes der Täter der Madrider Zuganschläge 11.3.2004) und macht sie deshalb schwer identifizierbar.

Aufmerksamkeit hat in Europa die Rekrutierung insbesondere junger Frauen auf sich gezogen, die es allerdings auch in anderen Weltregionen gibt.

Frauen und Dschihad

Eine der beunruhigendsten Entwicklungen in den dschihadistischen Subkulturen ist die zunehmende Einbeziehung gerade junger Frauen. Die systematische Rekrutierung junger Frauen ist ein Novum. Während die historische al-Qa'ida die Einbindung von Frauen und insbesondere Ehefrauen zwar immer akzeptiert hat, aber kaum propagiert hat, zeichnet sich seit 2011 eine neue Entwicklung ab. Hatte al-Qa'ida noch eine Erklärung der Ehefrau al-Zawahiris veröffentlicht, in der diese eine aktive Einbindung von Frauen in dschihadistische Operationen ablehnte, pulizierte zugleich die Turkistan Islamic Party Videos, in denen Frauen beim Schießtraining zu sehen waren. Im Gegensatz zu dieser uneindeutigen Haltung der historischen al-Qa'ida, ist vom Islamischen Staat Iraq, also der Vorläuferorganisation des IS, bereits recht früh eine Frauenbrigade mit Namen al-Khansa' vorgestellt worden. Parallel wurden online Bilder von Frauen gepostet, die in kämpferischen Posen abgebildet wurden.

Mit der Entwicklung des Krieges wurden Videos von Frauen in kämpferischer Aktion immer sichtbarer. Dabei handelt es sich in erster Linie um Frauen aus dem Kontext der Freien Syrischen Armee bzw. anderer Gruppen. IS/Da'ish hat erst spät nachgezogen und eine eigene Frauengruppe – wiederum mit dem Namen al-Khansa' – vorgestellt, von der berichtet wird, sie widme sich besonders der Kontrolle und Malträtierung von Frauen in al-Raqqa.

In welcher Weise sich eine dschihadistische religiöse Legitimation von Frauen als Kämpferinnen entwickelt, muss für den Moment offen bleiben. Dies sollte aber beobachtet werden, denn, sollte diese Systematisierung eintreten, wäre es eine neue Entwicklung in den dschihadistischen Subkulturen. Davon unberührt bleibt, dass bereits Frauen von dschihadistischer Seite operativ eingesetzt wurden (Tschetschenien, Taliban, Boko Haram). Seitens IS/Da'ish ist lediglich systematisch gerechtfertigt worden, dass sich Frauen ohne Erlaubnis ihrer Eltern in den Dschihad begeben können. Dies führt mich zum zweiten Punkt der Involvierung von Frauen in dschihadistische Aktivitäten. Frauen sind immer wieder unterstützend in logistischer Tätigkeit aktiv gewesen, sei es Schmuggel von Waffen(teilen), Pflege von Verwundeten, Transport anderer Güter. Dies wird/wurde auch in al-Qa'ida-nahen Kreisen akzeptiert.

Der dritte Punkt, an dem Frauen involviert werden, ist die unter dem Begriff *jihad al-nikah* (deutsch „Hochzeitsdschihad“) bekannte Anwerbung bzw. Verführung sich

dem Dschihadismus anzuschließen. Bereits recht früh ist von syrischer Regierungsseite wie auch aus Tunesien ein solches Phänomen behauptet worden, ohne stichhaltige Nachweise vorlegen zu können.

In merkwürdiger Koinzidenz hat dann Syrien bzw. Irak als Reisedestination für junge Frauen aus Europa (aber auch aus der arabischen Welt) an Attraktivität gewonnen. Hier scheint es legitim, von Verführung zu sprechen, betrachten wir entsprechende Berichte oder Onlinekommunikationen, die den Eindruck einer Jungmädchenschwärmerei für starke Männer (= Mudschahidin) vermitteln, kombiniert mit einer Abenteuerlust und – dies mag vielleicht verwundern – einem Streben nach eigenständiger Aktivität.

Eine neuere Entwicklung ist, dass IS/Da'ish-Werber online Frauen umwerben, um sie zur Reise in das IS-Gebiet zu überreden, die u. a. eine medizinische Ausbildung haben. Entsprechende Berichte gibt es aus Tadschikistan, aber auch eine malayische Bloggerin (*bird of Jannah*) scheint ausgebildete Ärztin zu sein.

Diese mehrfach gestaffelte Attraktivität des Dschihadismus für hauptsächlich junge Frauen ist eines der wichtigsten neuen Phänomene.

Wie ist nun die Versklavung von als nicht muslimisch deklarierten Frauen in dieses Bild einzuordnen? Die beschriebene Entwicklung betrifft nur Frauen, die zu „den Muslimen“ (= z. B. IS/Da'ish) gehören. Aus diesem Kreis ausgeschlossene Frauen sind reine Objekte.

Männer und Dschihad

Eine abschließende Bemerkungen zu Männlichkeiten und Dschihad. Im Gegensatz zum Idealbild, das die dschihadistische Propaganda von den Kämpfern zeichnet, ist eine Feinanalyse des Text, Video- und Audiomaterials ernüchternder. Die Männlichkeitsvorstellungen, die präsentiert werden, deuten auf eine eher fragile Männlichkeit, die der Einordnung in einen festen Rahmen in Form einer Gruppen- bzw. Organisationszugehörigkeit hin, die der Orientierung an einer zentralen Führungspersönlichkeit bedarf, um nicht zu desintegrieren. Insofern ist die immer wieder anzutreffende Aussage in dschihadistischer Propaganda, es kämpften „richtige Männer“ eher die Projektion bzw. die Konstruktion eines Idealbildes ist.

Eigenständige Frauen sind für die dschihadistische Subkulturen – bis jetzt jedenfalls – eher eine Bedrohung, der es auszuweichen bzw. die es zu bekämpfen gilt. In welcher Form die skizzierten neueren Entwicklungen bei der Frauenrekrutierung eine Verschiebung bedeuten oder in Versuche münden, die Bedrohung durch Frauen

zu domestizieren, insbesondere durch die Rekrutierung junger Frauen und Mädchen, muss offen bleiben.

Hier sind deutlich Parallelen zu rechtsextremistischen Vorstellungen zu erkennen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Salafismus und insbesondere Dschihadismus sind höchst dynamische Phänomene, die ernst genommen werden müssen, aber auch nicht nicht übersteigert werden sollten – zumindest für Europa.

ISLAMFEINDLICHKEIT AUS SICHT DES VERFASSUNGSSCHUTZES

Wolfgang Freter,
Niedersächsischer Verfassungsschutz

Lassen Sie mich zunächst auf den Begriff Islamfeindlichkeit eingehen. Mit ihm werden Einstellungen und Vorurteile bezeichnet. Die folgenden Ausführungen orientieren sich an der Definition von Zick, Küpper und Hövermann aus der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegebenen, 2011 veröffentlichten Studie „Die Abwertung der Anderen“ (Seite 47).

„Die Islamfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen muslimischen Glaubens oder ganz allgemein gegen den Islam, unabhängig davon, inwieweit die Betroffenen religiös sind oder welcher spezifischen islamischen Glaubensrichtung sie angehören. Treffender wäre eigentlich der Begriff Muslimenfeindlichkeit ... Ähnlich wie Juden/Jüdinnen werden auch Muslim/innen häufig nicht als integraler Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft betrachtet, sondern als ‚Fremde‘. Die Islamfeindlichkeit bedient sich der Abwertung des Islams, um Muslim/innen abzuwerten, weil sie Muslim/innen sind“.

Vorurteile und Einstellungen allein sind noch kein Rechtsextremismus, aber Rechtsextremismus ist ohne den Rekurs auf Vorurteile und Einstellungen nicht denkbar. Der Rechtsextremismus überhöht Vorurteile ideologisch, indem er sie in einen scheinbar plausiblen und rationalen Erklärungsrahmen stellt und hieraus politische Forderungen ableitet.

Die Art und Weise, wie der Islam in Deutschland vor dem Hintergrund einer islamistischen bzw. salafistischen Gefahrensituation rezipiert wird, ist zum Teil vorurteilsgeprägt und wirkt ihrerseits auf die Vorurteilsbildung zurück. Ich möchte mit



Hilfe einiger Zitate typische islamfeindliche und vorurteilsbeladene Argumentationsmuster aufzeigen. Dabei habe ich bewusst Aussagen von Rechtsextremisten und von Nicht-Extremisten miteinander vermischt. Folgende Elemente werden Sie wiederkehrend erkennen:

- die These von einem Kulturkampf,
- die Ethnisierung der islamischen Religion,
- das Szenario einer islamischen Unterwanderung und damit einhergehend die These von einer Islamisierung Europas,
- eine Wir und die Anderen-Dichotomie,
- Die Gleichsetzung von Islam und Islamismus.

Kommen wir zu den Zitaten:

„In aller Welt Angst vor Rache fanatischer Moslems“¹ und „Terrorwelle rollt auf Deutschland zu“², so lauten die Überschriften von zwei Zeitungsartikeln über die Fatwa von Ayatollah Khomeini gegen den Schriftsteller Salman Rushdie. Khomeini hatte Rushdie in der Fatwa zum Tode verurteilt. Die Kommentierung in den westlichen Medien brachte, wie die Überschriften beispielhaft ausweisen, den Islam bereits von 25 Jahren in ein assoziatives Verhältnis zu Fanatismus und Terror - eine Assoziation, die in den folgenden Jahrzehnten fortwirkte.

Das zweite Zitat ist einem der wirkmächtigsten politikwissenschaftlichen Werke der vergangenen zwei Jahrzehnte zu entnehmen, „The Clash of Civilizations“ von Samuel Huntington:

„Das tiefere Problem für den Westen ist nicht der islamische Fundamentalismus. Das tiefere Problem ist der Islam, eine andere Kultur, deren Menschen von der Überlegenheit ihrer Kultur überzeugt und von der Unterlegenheit ihrer Macht besessen sind. Das Problem für den Islam sind nicht die CIA oder das US-amerikanische Verteidigungsministerium. Das Problem ist der Westen, ein anderer Kulturkreis, dessen Menschen von der Universalität ihrer Kultur überzeugt sind und glauben, dass ihre überlegene, wenngleich schwindende Macht ihnen die Verpflichtung auferlegt, diese Kultur über die ganze Erde zu verbreiten.“³

¹ Stuttgarter Zeitung, vom 18.02.1989.

² Die Welt, vom 14.02.1989.

³ Samuel Huntington: Der Kampf der Kulturen. München und Wien 1997, Seite 350.

„Muslimische Kriegslust und Gewaltbereitschaft sind Ende des 20. Jahrhunderts eine Tatsache, die weder Muslime noch Nichtmuslime leugnen können.“⁴

Huntington ist selbstverständlich kein Rechtsextremist, aber seine These vom „Kampf der Kulturen“, wie es in der deutschen Übersetzung missverständlich heißt, wird von Rechtsextremisten unter Ignorierung des argumentativen Kontextes immer wieder angeführt, um gegen eine angebliche Islamisierung Europas zu agitieren.

In kulturkämpferischer Weise argumentiert beispielsweise Filip Dewinter von der bei Wahlen erfolgreichen rechtspopulistischen belgischen Partei Vlaams Belang:

„Der Islam ist der historische Erbfeind Europas. Gegenwärtig befindet sich Europa in der dritten Periode islamischer Invasionen.“

„Europa und der freie Westen stehen vor der lebenswichtigen Wahl: die weitere Duldung von Multikultur, Massenzuwanderung und Islamisierung oder die manifeste Entscheidung für eine europäische Identität.“⁵

In der Literaturliste seines Buches führt Dewinter nicht unerwartet auch Huntingtons Kampf der Kulturen an. Die Kulturkampfthese liegt auch den Theorien des Vertreters der französischen Nouvelle Droite Guillaume Faye zugrunde:

„Europa befindet sich im Krieg ohne es zu wissen. ... Wir sind nämlich von den Südvölkern und vom Islam unterwandert und kolonisiert worden, flächendeckend und in rasendem Tempo.“⁶

Im Vorwort schrieb Andreas Molau, damals Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik in eindeutiger Diktion:

„Eine bedrohliche Islamisierung des Alten Kontinents schreitet unaufhaltsam voran. Der Krieg der Kulturen scheint im Kreißaal entschieden zu werden.“⁷

Hinzugefügt werden muss, dass sich Andreas Molau inzwischen von diesem Denken

⁴ Ebenda, Seite 422.

⁵ Filip Dewinter: Inch'Allah. Die Islamisierung Europas. Graz 2010, Seite 228 und Seite 245.

⁶ Guillaume Faye: Wofür wir kämpfen. Ohne Ort. 2006, Seite 17.

⁷ Ebenda, Seite 9.

glaubwürdig abgekehrt hat. Anders verhält es sich mit Udo Pastörs, dem Fraktionsvorsitzenden der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Ausführungen in einer Aschermittwochsrede am 25.02.2009 in Saarbrücken sind ebenso grobschlächtig wie eindeutig:

„Wir haben sie (die Türken) mit Prinz Eugen und Verbündeten vor Wien aufgehalten. Da kamen sie mit den Krummsäbeln und da hat's einen großen Kampf gegeben um Europa. Die Muselmanen wurden geschlagen und wir hatten zunächst einmal Ruhe: Heute reisen sie nicht mit Krummsäbeln ein, sondern mit Kopftüchern an ihrer Seite und einer höchst gefährlichen Samenkanone, die sie ständig bei sich tragen und das wollen wir nicht in Europa und nicht in Deutschland. Sie sollen sich dort vermehren, wo sie hingehören ...“.

Diesem Zitat eines führenden NPD-Funktionärs soll das Zitat eines Nicht-Extremisten gegenübergestellt werden, um aufzuzeigen, wie nahe der bürgerliche Diskurs rechtsextremistischer Propaganda kommen kann. Der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin lässt uns in seinem vielgelesenen Buch „Deutschland schafft sich ab“ wissen:

„Die Muslime in Deutschland und im übrigen Europa unterliegen einem fremden kulturellen und religiösen Einfluss, den wir nicht überblicken und schon gar nicht steuern können. Wir dulden das Anwachsen einer kulturell andersartigen Minderheit, deren Verwurzelung in der säkularen Gesellschaft mangelhaft ist, die nicht unsere Toleranzmaßstäbe hat und die sich stärker fortpflanzt als ihre Gastgesellschaft.“⁸

Allen Äußerungen ist gemein, dass sie entindividualisieren. Muslimen wird eine Kollektiveigenschaft zugewiesen, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen, welcher Glaubensrichtung im Islam sie angehören oder ob sie einen religiösen Glauben überhaupt praktizieren. Die gravierenden Unterschiede z. B. zwischen der türkischen, der iranischen oder der ägyptischen Kultur mit jeweils eigenen Ausprägungen religiöser Praxis lösen sich in einer Gesamtsicht, in einem Gesamturteil über den Islam auf. Der einzelne Mensch wird auf ein vermutetes religiöses Dasein reduziert unabhängig von seinen Interessen, seinen Lebenszielen, seinen Charaktereigenschaften und seiner gesellschaftlichen Rolle. Eine solche reduzierende Sichtweise beraubt ihn seiner Individualität und damit seiner Menschenwürde. Hiermit wird

⁸ Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010. 9. Auflage, Seite 277.

zugleich den Salafisten in die Hände gespielt, wie der französische Soziologe und Islamforscher Olivier Roy in seinen Untersuchungen aufzeigt. Roy konstatiert eine Dekulturalisierung des Islams im Zeitalter der Globalisierung. Spezifische kulturelle und ethnische Prägungen befänden sich durch Wanderungsbewegungen in Auflösung. Dies begünstigt Salafisten in ihrem Bemühen, einen aus ihrer Sicht reinen Salafismus zu propagieren.

Noch einmal zurück zu Thilo Sarrazin. Sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ gehört mit einer Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren zu den am meisten verkauften Sachbüchern der Nachkriegszeit. Mit seiner spezifischen Sichtweise auf den Islam entfaltet es eine Wirkung bis weit in die Mitte der Gesellschaft. An dem Erfolg dieses Buches lässt sich ablesen, dass die Voraussetzungen gegeben waren, an die islamfeindliche Bewegungen im Internet wie der Weblog PI-News (Politically Incorrect) oder Pegida erfolgreich anknüpfen konnten. Es bewahrheitet eine Aussage des hannoverschen Soziologen Oskar Negt, der von der gesicherten sozialwissenschaftlichen Erkenntnis spricht, dass Bewegungen, die ihre Identität ausschließlich aus Feinderklärungen gewinnen, durch Ausgrenzung von Fremden und Andersdenkenden, nur dann Erfolg haben, wenn sie genügend Sympathisanten im gesellschaftlichen Zentrum finden.⁹

So kritikwürdig die Ausführungen Sarrazins sind, er ist kein Rechtsextremist. Rechts-extremisten aus den Reihen der NPD oder der Neonazis hätten keine vergleichbare Resonanz gefunden. Sie sind von sich aus nicht in der Lage, ein Thema öffentlich zu setzen oder gar den Diskurs zu bestimmen. Aber sie haben die Chance erkannt, die sich durch eine islamfeindliche Stimmung für ihre Propaganda bietet und versuchen als Trittbrettfahrer hiervon zu profitieren. Der damalige sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel reagierte auf die FES-Studie zur Islamfeindlichkeit mit folgenden strategischen Überlegungen in der Deutschen Stimme, dem Organ der NPD:

„Keine hiesige Ausländergruppe erzeugt bei den Deutschen so viel Unbehagen wie die fremdartigen Moslems. Der Kampf gegen die Islamisierung ist deshalb der Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der nationalen Opposition. ... Die NPD ist also gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen.“¹⁰

⁹ Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen 2008. 4. Auflage, Seite 53.

¹⁰ Jürgen Gansel: Mit Islam-Kritik zum Erfolg!, in: Deutsche Stimme, Dezember 2010, Seite 9.

Fortan standen islamfeindliche Parolen wie „Maria statt Scharia“ oder Aktionen gegen den geplanten Bau von Moscheen im Mittelpunkt der NPD-Propaganda, aber immer im Kontext einer Agitation gegen Zuwanderung. Ein weiteres Zitat aus der Deutschen Stimme mag dies illustrieren. Unter der Überschrift „Nein! Ihr gehört nicht dazu! Salafisten beweisen: Das Überfremdungs- und Islam-Problem ist Realität“ wird ausgeführt:

„Nur eine ganz neue Ausländerpolitik wäre in der Lage Abhilfe zu schaffen. Müssen Millionen Fremde auf deutschem Boden leben, obwohl unzählige Deutsche arbeitslos sind? Müssen hierzulande Tausende Moscheen gebaut werden, obwohl klar ist, daß der Islam mit europäischen Wertvorstellungen nicht kompatibel ist? Muß die deutsche Justiz gegenüber ausländischen Intensivsträtlern Samthandschuhe anziehen, obwohl Ausländerkriminalität längst zu einem Massenphänomen geworden ist?“¹¹

Bei diesen Ausführungen handelt es sich um eine im Grunde genommen klassische rechtsextremistische Argumentationsweise. Islamfeindlichkeit ist das austauschbare Element einer tradierten fremdenfeindlichen Agitation. Eine genuine Wirkmächtigkeit entfalten islamfeindliche Positionen auf anderen Ebenen – in Internetforen und durch Kundgebungen wie von Pegida und HoGeSa. Bevor ich darauf zu sprechen komme, gestatten Sie mir einen Exkurs über die aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus.

Der Rechtsextremismus hat in den letzten Jahren an organisatorischer Struktur verloren. Er ist in Teilen zu einer amorphen Erscheinung geworden. Kampagnen und Aktionen sind wichtiger als die disziplinierte Arbeit in Parteigremien oder, wie früher, Schulungen in Kameradschaftsabenden. Wir beobachten einen Trend hin zu temporären Zusammenschlüssen in wechselnder personeller Zusammensetzung. Das Internet spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Das von den Verfassungsschutzbehörden registrierte Personenpotenzial ist im letzten Jahr sowohl auf Bundesebene als auch in Niedersachsen ein weiteres Mal zurückgegangen. Diese eigentlich positive Entwicklung steht im Widerspruch zur öffentlichen Wahrnehmung des Rechtsextremismus, die von einer spürbaren Aggression gegenüber Asylbewerbern und den Großkundgebungen von Pegida und HoGeSa bestimmt wird. Ich werde versuchen, diese Diskrepanz zu erklären.

Der Hauptgrund liegt darin, dass die Islamfeindlichkeit zum Kristallisationspunkt ei-

¹¹ Deutsche Stimme, Juni 2012, Seite 5. Rechtschreibung aus dem Original übernommen.

ner eigenständigen organisatorischen Entwicklung geworden ist. Hierbei spielt das Internet eine herausragende Rolle, allen voran der 2004 durch einen Kölner Lehrer gegründete Weblog PI-News (Politically Incorrect), der sich zum virtuellen Zentralorgan für islamfeindliche Positionen entwickelt hat. PI-News verlinkt unter anderem zur islamfeindlichen German Defence League (GDL), zur Identitäten Bewegung und zur Bürgerbewegung Pax Europa. Darüber hinaus wird für die Pegida-Kundgebungen und islamfeindliche Literatur geworben. Der Gründung der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) als eingetragener Verein ging die Herausbildung von Netzwerkstrukturen im virtuellen Bereich voraus. Die IBD orientiert sich wesentlich an der Theorie der Neuen Rechten und vertritt den ethnopluralistischen Ansatz auf der Basis einer islamfeindlichen Grundhaltung. Mitglieder sowohl der IBD, als auch der GDL und von PI-News waren auf HoGeSa- und Pegida-Kundgebungen in Hannover präsent. Auch die Kampagnenform Hooligans gegen Salafisten hat ihren Ursprung im Internet. Hierüber sind Strukturen aufgebaut, Kontakte hergestellt und die Kundgebungen in Köln und Hannover vorbereitet worden. Die Zentralfigur von PI-News, der Münchener Stadtrat und Vorsitzende der Partei Die Freiheit Michael Stürzenberger, war der Hauptredner auf der HoGeSa-Kundgebung in Hannover. Sie erkennen wie vielfältig, wie netzwerkartig die Verbindungen sind.

Die Verfassungsschutzbehörden bewerten diese Organisationen und Veranstaltungen nicht oder nur teilweise als extremistisch. Sie konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die Teilnahme von Personen aus beobachteten rechtsextremistischen Organisationen, die sich den Demonstrationen von HoGeSa und Pegida als Trittbrettfahrer anschließen. Dass es ideologische Anknüpfungspunkte hierfür gibt, ist offensichtlich. Bei nur wenigen Pegida-Kundgebungen aber kommen die Verfassungsschutzbehörden zum Urteil, dass sie von Rechtsextremisten stark beeinflusst oder sogar gesteuert werden. Auch die HoGeSa-Demonstrationen werden nicht als rechtsextremistische Veranstaltungen bewertet.

Es wird zu diskutieren sein – der Workshop heute Nachmittag gibt Gelegenheit dazu –, ob ein solcher Bewertungsansatz nicht zu sehr von einer tradierten Sichtweise bestimmt wird. Sicher: Vorurteile und Einstellungen sind kein Rechtsextremismus und deshalb zu recht kein Beobachtungsgegenstand. Aber gilt diese Feststellung auch für Sammlungsbewegungen von Personen mit islam- und asylbewerberfeindlichen Positionen? Sind die Verfassungsschutzbehörden möglicherweise einem statischen Denken verhaftet mit einer Tendenz zur Irrelevanz in Hinsicht auf notwendige gesellschaftspolitische Diskussionen? Alles dies sind Fragen, über die wir dringend disku-

tieren müssen, wenn wir uns darüber verständigen wollen, welche Rolle der Verfassungsschutz bei der Analyse und Prävention demokratiefeindlicher Entwicklungen in unserer Gesellschaft übernehmen soll.

Eng verbunden mit diesen Fragen ist das Abgrenzungsproblem zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Charakteristisch für die meisten, bei Wahlen zum Teil sehr erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Europa, sind ausgeprägte islamfeindliche Positionen. Rechtspopulistische Parteien kennzeichnet kein systemüberwindender Ansatz, sie wollen Staat und Gesellschaft nicht revolutionär umgestalten. Aber sie untergraben das Normensystem, in diesem Fall das Recht auf freie Religionsausübung und den Gleichheitsgrundsatz. Zugespitzt könnte man sagen: wenn rechtspopulistische Parteien auf Dauer erfolgreich sind, entwerten sie das demokratische Normen-System innerhalb seiner formalen Strukturen selbst.

Weil ein offen systemüberwindender Ansatz nicht nachzuweisen ist, gestaltet sich der Umgang der Verfassungsschutzbehörden mit rechtspopulistischen Parteien nicht einfach. Beispielhaft hierfür ist die Geschichte der Partei Die Republikaner, deren Beobachtung spät erfolgte und von Verwaltungsprozessen begleitet war. Es sei hinzugefügt, dass Die Republikaner zu dem Zeitpunkt, als die Verfassungsschutzbehörden aus der Beobachtung ausstiegen (2007), eine nahezu monothematisch islamfeindlich agierende Partei war, mit dem Hauptziel, den Bau von Moscheen zu verhindern. Nach langer Diskussion herrschte innerhalb des Verfassungsschutzverbundes die Auffassung vor, diese Zielsetzung alleine reiche für eine Beobachtung nicht mehr aus. Niedersachsen hat sich dem lange widersetzt.

Grundsätzlich gilt: Ein moderner Verfassungsschutz muss sich mit dem ideologischen Gehalt dieser Phänomene im Graubereich zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auseinandersetzen, wenn er Gefährdungstrends rechtzeitig erkennen möchte. Terroristischen Taten geht in der Regel eine Radikalisierung im Denken voraus. Der Fall des islamfeindlich motivierten norwegischen Attentäters Anders Breivik sollte Mahnung genug sein.

Wie kann islamfeindlichen Ressentiments und Politikansätzen entgegengewirkt werden?

Von vorrangiger Bedeutung scheint mir die Form der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Salafismus zu sein. Sie darf nicht zu einer eindimensionalen Wahrneh-

mung des Islams führen. Der indische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Amartya Sen gibt uns in seinem Buch Die Identitätsfalle zu bedenken:

„Es ist aber äußerst merkwürdig, dass diejenigen, welche die mit dem islamischen Fundamentalismus zusammenhängenden Spannungen und Konflikte überwinden möchten, gleichfalls offenbar unfähig sind, Muslime anders zu sehen als eben unter dem Aspekt, dass sie islamisch sind (was dann zu den Bemühungen führt, den Islam neu zu definieren) und nicht die vieldimensionierte Natur unterschiedlicher Menschen wahrnehmen, die zufällig auch Muslime sind.“¹²

Für die Präventionsarbeit bedeutet dies, dass wir Radikalisierungsprozesse in ihrer gesamten sozialen Dimension und nicht nur unter religiösen Aspekten aufzeigen müssen. Ansonsten bestätigen wir Vorurteile und fördern die Gleichsetzung von Islam und Islamismus. Der Mensch, auch der gläubige Moslem, hat viele Identitäten. Dies immer wieder neu in Erinnerung zu rufen, ist die Aufgabe der Prävention im Rechtsextremismus, um die Vielfalt des Lebens aufzuzeigen und der Einzigartigkeit eines jeden Individuums Anerkennung zu verschaffen. Salafisten können hierauf verzichten, denn sie haben, wie Amartya Sen schreibt, *„natürlich guten Grund, alle Identitäten von Muslimen außer dem islamischen Glauben zu negieren“*.¹³

Unbestritten ist aber, dass der Glaube für viele Menschen einen zentralen Stellenwert in ihrem Leben hat. Martha Nussbaum definiert ihn in einem weiten Sinne als untrennbaren Teil menschlicher Würde:

„Die Fähigkeit des Menschen, nach der letzten Bedeutung des Lebens zu suchen – oft ‚Gewissen‘ genannt –, ist ein wesentlicher Teil des Menschen, eng verbunden mit seiner Würde bzw. ein Teil davon.“¹⁴

Deshalb:

Auch wenn den einen oder anderen religiöse Rituale vielleicht befremden – wir müssen den friedfertigen gläubigen Moslem vor dem Missbrauch durch Salafisten und der Verletzung seiner religiösen Gefühle durch Rechtsextremisten verteidigen. Er verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung.

¹² Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Kampf der Kulturen gibt. München 2007, Seite 30.

¹³ Ebenda, Seite 188.

¹⁴ Martha Nussbaum: Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst. Darmstadt 2014, Seite 62.

SALAFISMUSPRÄVENTION: HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DES NIEDERSÄCHSISCHEN VERFASSUNGSSCHUTZES

*Daniela Schlicht,
Niedersächsischer Verfassungsschutz*

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Salafismus liegt eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit zugrunde. Sie zieht ihre Attraktivität zum Teil aus der Abwertung anderer gesellschaftlicher Gruppen.

Darin ist sie dem Rechtsextremismus gar nicht so unähnlich.

Die salafistische Ideologie richtet sich gegen Meinungsfreiheit, Pluralität und die Gleichheitsgrundsätze, die eine Demokratie ausmachen und begründet dies mittels religiöser Normen. Einige Salafisten nutzen ihre religiös begründete Abwertung anderer Menschen, um Gewalt gegenüber vermeintlichen Feinden des Islams – Muslime und Nicht-Muslime gleichermaßen – zu legitimieren.

Eine demokratische Gesellschaft, die das Wohl jedes Einzelnen im Blick hat, kann sich deshalb ihrer Aufgabe, der salafistischen Ideologie präventiv etwas entgegen zu setzen, nicht entziehen.

Salafismusprävention muss bei der Frage ansetzen, was diese Ideologie für manche Menschen so attraktiv macht.

Salafistische Prediger jedenfalls wissen ganz genau, wie sie junge Menschen für ihre Ideen gewinnen können. Sie besetzen gesellschaftliche oder politische Reizthemen, auf die so Mancher anspringt. Oder sie befriedigen gekonnt die Bedürfnisse insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das betrifft junge Menschen



aus muslimischen Familien und aus nicht-muslimischen Familien, aus Familien mit und ohne Migrationshintergrund.

Lassen Sie mich einige dieser Bedürfnisse anreißen:

- Eines der Bedürfnisse ist das der Geborgenheit und Orientierung. Besonders empfänglich sind hier Jugendliche, die in ihrer Familie oder ihrem persönlichen Umfeld wenig Halt, Strukturen und gegebenenfalls keine positiv besetzte Autoritäts- oder Bezugsperson gefunden haben.
- Des Weiteren sind die Suche nach Zugehörigkeit und Identität Themen, die Salafisten gekonnt aufgreifen. Sie vermitteln jungen Menschen, insbesondere solchen mit einem sogenannten Migrationshintergrund, dass eine nationale oder ethnische Zugehörigkeit unerheblich sei. Was zähle, sei einzig und allein das Muslimsein. Sie bieten jungen Menschen, die sich aufgrund ihrer Herkunft ausgeschlossen fühlen, eine Ersatzidentität.
- Eng damit verknüpft ist auch die Suche nach Anerkennung und Aufwertung. Dies Bedürfnis resultiert nicht zuletzt aus vielfachen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, die Jugendliche mit sogenanntem muslimischen oder Migrationshintergrund oftmals – sei es absichtlich oder unabsichtlich – erfahren.
- Salafisten besetzen gekonnt das Thema der Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund des Muslimseins und kreieren so eine Opferidentität. Jugendliche werden mittels dieses salafistischen Opfernarrativs Teil eines weltweiten vermeintlich unterdrückten und leidenden Kollektivs.
Salafisten bieten einen Ausweg aus dieser Unterdrückung: Sie werten sich und ihre Anhänger als vermeintlich einzig wahre Muslime, denen der Einzug ins Paradies garantiert sei, auf und werten alle anderen Menschen, denen ohnehin die Hölle sicher sei, ab.
- Darüber hinaus bedienen salafistische Prediger die Suche nach Spiritualität und Sinn.

Und das nicht zuletzt über das Bereitstellen von vermeintlich fundiertem Wissen über den Islam. Sie sind vor allem gut darin, ihr Wissen in einer jugendgerechten Sprache auf Deutsch zu erklären, und ermöglichen es jedem, der sich Wissen über den Islam aneignet, auf diesem Gebiet zum Experten bzw. zur Autorität zu werden.

Deutlich wird, auch wenn ich hier die Bedürfnislage junger Menschen, an die der

Salafismus mit attraktiven und einfachen Antworten anschließt, nur anreißen konnte: der Salafismus ist kein rein religiöses Problem. Es ist primär ein gesellschaftliches Problem.

Es geht darum, dass Salafisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ihren Platz in der Gesellschaft suchen, ein alternatives Lebens- und Gesellschaftsmodell anbieten. Sie schaffen es mit ihrem Angebot, die Bedürfnisse der jungen Menschen aufzugreifen und sie so für sich zu gewinnen. Ganz ähnlich sind übrigens die Motivationslagen junger Menschen, die sich im rechtsextremistischen Milieu radikalieren.

Radikalisierungsprozesse und deren Hintergründe – ob nun im salafistischen oder rechtsextremistischen Sinne – sind vielschichtig. Jeder Radikalisierungsfall verläuft individuell.

Folgerichtig muss auch der Ansatz jeglicher Präventionsarbeit vielschichtig sein und verschiedene Ebenen bedienen.

Daher bedarf es unterschiedlicher staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, um in unserer Gesellschaft adäquat Salafismusprävention – als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – betreiben zu können, beispielsweise Akteure der Jugend- und Sozialarbeit, der Bildungsarbeit, der religiösen Gemeinschaften, der Politik, der Medien und der Sicherheitsbehörden.

Ein Desiderat wäre das Zusammenführen all dieser Kompetenzen, um gemeinsam den Bedürfnissen junger Menschen in einer demokratischen, freiheitlichen und vielfältigen Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz versteht sich folgerichtig – insbesondere auch in der Präventionsarbeit – als Partner von anderen staatlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen. Es geht darum, Kompetenzen zusammenzuführen.

Die Kompetenz, die der Niedersächsische Verfassungsschutz zur Prävention beisteuert, ist vor allem die Informationsvermittlung über politische Extremismen wie den Salafismus.

Als Verfassungsschutz ist es unser gesetzlicher Auftrag, unsere Erkenntnisse über den Salafismus so aufzubereiten, dass die Bevölkerung sich ein differenziertes Bild von dieser Thematik machen kann. Differenzierte Informationen sind das beste Mittel gegen extremistische Positionen.

Als Bestandteil einer wehrhaften Demokratie ist der Auftrag des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, als Informationsvermittler tätig zu werden und so seinen Beitrag zur Extremismusprävention – oder in diesem Fall der Salafismusprävention – zu leisten.

Gleichwohl erheben wir nicht den Anspruch, ein Deutungsmonopol in Sachen Extremismus bzw. Salafismus zu besitzen. Wir sind sehr daran interessiert, mit anderen Organisationen und Personengruppen, die sich mit der Thematik beschäftigen, ins Gespräch zu kommen – und durchaus auch von ihnen zu lernen.

Ein undifferenzierter Diskurs, der die durchaus realistische Gefahr einer Radikalisierung von jungen Muslimen allein in den Blick nimmt, und die Gründe dafür ausblendet, ist im Übrigen Teil des Problems.

Es bedarf daher nicht nur der Versachlichung des Diskurses über den Salafismus. Gleichmaßen ist es notwendig, auch den Aspekt der Islamfeindlichkeit (so wie heute hier) aufzugreifen, wenn es um Salafismusprävention geht. Denn Ausgrenzung und Stigmatisierung sind nicht nur Gift für eine demokratische Gesellschaft, sondern können zur Radikalisierung von Menschen beitragen. Es gilt zu verhindern, dass Muslime pauschal für die Taten von wenigen Salafisten verantwortlich gemacht werden.

Wie sieht denn nun die Salafismusprävention des Niedersächsischen Verfassungsschutzes konkret aus?

Die Informationsvermittlung über den Salafismus verläuft grundsätzlich auf drei Ebenen:

- Erstens bietet der Niedersächsische Verfassungsschutz – auf Anfrage – Vorträge und Fortbildungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren unterschiedlicher Professionen an, zum Beispiel für Akteure der Jugend-, Sozial-, und Bildungsarbeit sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Behörden, Ministerien, Städten und Kommunen. Die Nachfrage nach diesem Angebot ist sehr groß. Was uns wiederum in unserem Präventionsansatz bestätigt.
- Zweitens veranstaltet der Niedersächsische Verfassungsschutz, so wie auch heute, regelmäßig Symposien und Podiumsdiskussionen, um Informationen zum Thema Salafismus (und natürlich auch zu anderen Extremismusformen) der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. So haben wir im Dezember hier in Hannover eine Podiumsdiskussion der Reihe „Aktuell und Kontrovers“ zum Thema „Wie gehen wir mit dem Salafismus in der Praxis um?“ veranstaltet. Letzten Sommer fand hier im Alten Rathaus ein Symposium zum Thema „Antisemitismus im Extremismus“ statt.
- Der Niedersächsische Verfassungsschutz erstellt drittens Informationsmaterial

über den Salafismus, z. B. Faltblätter zu den Themen Islamismus sowie Jihadistischer Salafismus. Eine Broschüre zum Thema Salafismus wird in Kürze erscheinen.

Das eben genannte Angebot des Niedersächsischen Verfassungsschutzes beschränkt sich allerdings nicht nur auf den Bereich des Salafismus bzw. Islamismus. Ähnliche Angebote halten wir auch zu den Bereichen Links- und Rechtsextremismus vor.

Es hat sich gezeigt, dass das Zusammenführen von Rechtsextremismus- und Salafismusprävention manchmal sinnvoll ist, da sich beide Extremismen teilweise gegenseitig bedingen. So hat es sich bewährt, dass wir im Rahmen unserer Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ auch das Thema des Islamismus bzw. des Salafismus konsequent im Zusammenhang mit der Islamfeindlichkeit aufgreifen.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz nimmt seinen gesetzlichen Auftrag, über politische Extremismen zu informieren und so seinen Beitrag zur Prävention zu leisten, sehr ernst. Deshalb wurde zu Beginn des letzten Jahres eigens der Fachbereich der Prävention eingerichtet, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich ausschließlich mit der Präventionsarbeit befassen.

Ganz besonders freut es uns als Verfassungsschutz, dass wir inzwischen in breiter angelegte Präventionsansätze an verschiedenen Orten in Niedersachsen als Partner eingebunden sind.

Beispielsweise arbeiten wir seit letztem Herbst – gemeinsam mit dem Landeskriminalamt – sehr gut mit der Stadt Wolfsburg zusammen. Wir hatten Gelegenheit, eine ganze Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren aus der Jugend-, Sozial und Bildungsarbeit zum Themenfeld Salafismus bzw. Islamismus durchzuführen. Diese Veranstaltungen waren sehr lehrreich – und das auch für uns als Durchführende, weil wir viel aus den lebhaften Diskussionen und dem pädagogischen Know-how der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitnehmen konnten und gute persönliche Kontakte entstanden sind.

Nicht zuletzt aufgrund des großen Engagements der Stadträtin Frau Iris Bothe und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute auch hier vor Ort sind, ist die Stadt Wolfsburg inzwischen gut in Fragen der Salafismusprävention aufgestellt.

Insgesamt können wir derzeit beobachten, dass viele unterschiedliche Akteure in Niedersachsen – sowohl zivilgesellschaftliche als auch staatliche – interessante und vielversprechende Ansätze zur Salafismusprävention verfolgen.

Die Lage ist noch lange nicht perfekt. Aber: Es tut sich etwas! Und das ist toll!

Im April hat die zivilgesellschaftliche Beratungsstelle „beRATen e. V. ihre Arbeit hier in Hannover aufgenommen. Im Sozialministerium wurde sie mit viel Aufwand und unter Einbeziehung muslimischer Verbände konzipiert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtung beraten Eltern, Angehörige und andere Personen aus dem Umfeld von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von salafistischer Radikalisierung betroffen sind. Es freut uns, dass mehrere Personen, die in der Beratungsstelle tätig sind oder an deren Schaffung mitgewirkt haben, heute hier sind.

Es ist ohnehin schön zu sehen, dass wir hier heute viele bekannte Gesichter sehen, Personen, die wir im Laufe der letzten Monate aufgrund des gemeinsamen Engagements in Sachen Salafismusprävention kennenlernen durften.

Und ich bin mir sicher, dass wir uns auch in Zukunft – als Partner mit den uns bekannten Personen und Organisationen – gemeinschaftlich der Herausforderung der Salafismusprävention stellen werden.

Vielen Dank!

WORKSHOP 1: ISLAMFEINDLICHKEIT

Referenten: Prof. Dr. Detlef Pollack, Universität Münster und Dr. Sven Schönfelder wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Niedersächsischen Verfassungsschutz

Der Workshop befasste sich inhaltlich einerseits mit den islamkritischen bis offen islamfeindlichen Einstellungspotenziale in der Bevölkerung, andererseits als thematischer Schwerpunkt mit den Strategien von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, aus derartigen Mentalitäten einen Nutzen für die eigene fremdenfeindliche Propaganda ziehen zu wollen.

So stehen der Islam und die in Deutschland lebenden Muslime zunehmend im Focus verschiedener Parteien und Gruppierungen am rechten politischen Rand. Ihnen dient die Angst vor einer angeblichen Islamisierung der Gesellschaft ebenso wie die Angst vor Islamismus und Salafismus als erfolgversprechendes Mobilisierungsthema.

Islamfeindlichkeit stellt hierbei eine neue Form der Fremdenfeindlichkeit dar, die insbesondere im Internet und zugleich bis in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein eine rasante Verbreitung gefunden hat. Ein Beleg hierfür ist die große Resonanz auf neuere islamkritische bis offen islamfeindliche Aktionsformen wie HoGeSa und Pegida, die bereits im Namen ihre Zielrichtung erkennen lassen: „Hooligans gegen Salafisten“ die einen, „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ die anderen. Beide mobilisieren vor allem über das Internet und treiben auch hier ihre weitere Vernetzung voran.

Gleichzeitig ist diese Form der Fremdenfeindlichkeit, die thematisch auf eine befürchtete „kulturelle Überfremdung“ abzielt und dafür die Medien sowie die politischen und gesellschaftlichen Eliten verantwortlich macht, ein politisches Aktionsfeld im Rechtsextremismus. Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat hier frühzeitig und wiederholt auf die Bedeutung des Kampagnenfeldes Islamfeindlichkeit hingewiesen. Islamfeindlichkeit ist in diesem Zusammenhang als eine organisationsübergreifende Thematik und Strategie zu begreifen, die es den Agitatoren am rechten Rand ermöglicht, mit ihren islamfeindlichen Parolen wie in kaum einem anderen Themenfeld an weit verbreitete Ressentiments in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Die Verbreitung entsprechender Inhalte im und über das Internet spielt hier eine gewichtige Rolle.

Islamfeindlichkeit im Internet

Auf einschlägigen Internetseiten sind immer wieder neben islamkritischen auch eindeutige islam- und muslimfeindliche Reaktionen in Form von Leserkommentaren festzustellen. Derartige Reaktionen treten gesteigert vor allem nach bestimmten Straftaten auf, wenn es sich bei den vermeintlichen Tätern um Personen mit muslimischem Hintergrund handelt. So wird auf Internetseiten wie „Politically Incorrect“ (PI-News) regelmäßig und teilweise in reißerisch-populistischer Manier über Themen wie sogenannter Ausländerkriminalität und Salafismus oder einer angeblichen Islamisierung der Gesellschaft geschrieben. Die darauf folgenden Leserkommentare beinhalten nicht selten verunglimpfende Äußerungen. Einzelne explizite Äußerungen lassen zudem einen fremden- bzw. islamfeindlichen Hintergrund erkennen.

Bei PI-News handelt es sich um eine nahezu monothematisch ausgelegte Internetseite, die in Form eines Internetblogs gleichermaßen islamkritische wie islamfeindliche Beiträge enthält. In einer Selbstbeschreibung bezeichnet PI-News die eigenen Aktivitäten als „proamerikanisch und proisraelisch“ sowie „gegen den Mainstream“ und „gegen die Islamisierung Europas“ gerichtet. PI-News steht wie keine andere Internetseite für die netzwerkartige Verbreitung islamkritischer bis offen islamfeindlicher Inhalte. Auch werden hier Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen wie die von HoGeSa und Pegida zum Teil live übertragen und/oder anschließend medial aufbereitet, in die eigene Internetseite integriert und positiv kommentiert. Mit Blick auf die Inhalte von PI-News ist zu konstatieren, dass sich hier bürgerliche Ressentiments mit extremistischen Haltungen mischen.

Dass derartige Ressentiments in Teilen der Bevölkerung durchaus verbreitet sind, haben zuletzt die Umfrageergebnisse einer Studie der Humboldt-Universität Berlin gezeigt, die Anfang Dezember von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Frau Ayden Özoguz (SPD), vorgestellt wurden. Demnach denken 27 Prozent der Befragten, Muslime seien „aggressiver als sie selber“, und weitere 38 Prozent geben an, wer ein Kopftuch trage, könne nicht deutsch sein. Vorbehalte gegen den Islam beruhen dabei zum Teil auf großen Wissenslücken oder falschen Annahmen. So schätzen 70 Prozent der Befragten die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime höher ein als sie tatsächlich ist. Knapp ein Viertel glaubt, dass mehr als 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland Muslime seien (vgl. Foroutan u. a. 2014, S. 30ff.). Tatsächlich liegt der muslimische Bevölkerungsanteil bei rund fünf Prozent.

Empirische Studien zur religiösen Vielfalt in Deutschland und Europa zeigen zudem, dass der Islam von der Mehrheit der Deutschen als fremd abgelehnt wird. Auch werden dem Islam nicht die gleichen Rechte zugestanden wie dem Christentum. So wollen zwei Drittel der Befragten keinen Moscheebau in Deutschland akzeptieren, und rund 70 Prozent sehen im Christentum das Fundament der deutschen Kultur. Mit dieser Haltung unterschieden sich die Deutschen von ihren Nachbarn, die dem Islam unbefangener gegenüberstehen. Gerade einmal 34 Prozent der Westdeutschen und nur jeder vierte Ostdeutsche sagen von sich selbst, dass sie eine positive Haltung gegenüber den Muslimen haben. Im Vergleich dazu ist die Haltung der Deutschen zu den anderen Religionsgemeinschaften deutlich besser (vgl. Pollack/Friedrichs 2012, Müller/Pollack/Pickel 2013).

Islamfeindlichkeit als „Türöffner-Thema“

Im rechtsextremistischen Parteienspektrum greift die NPD das Themenfeld Islamfeindlichkeit verstärkt seit dem nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2010 auf, systematisch nach der Schweizer Volksabstimmung zum Verbot von Minaretten (vgl. Pfeiffer 2012, S. 216). Als strategisches Ziel nennt die NPD ausdrücklich die Anschlussfähigkeit der Kampagne an breite Bevölkerungskreise. Der Beitrag „Deutsches Land niemals in Moslem-Hand!“ von Jürgen Gansel, ehemaliger sächsischer Langtagsabgeordneter für die NPD, in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS) vom November 2012, der sich als eine Art Grundsatzartikel zur inhaltlichen und strategischen Bedeutung der Kampagne versteht, spricht von der Funktion als „Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der nationalen Opposition“ (Gansel 2012, S. 8) bzw. von der „politische[n] Eisbrecher-Funktion für taktisch denkende Nationalisten“ (ebd., S. 9). Zusammenfassend heißt es dort: „Der Moslem und die Muslima als solche – mit ihrer fremden Herkunft, ihren Sitten und ihrer Religiosität – lösen bei den allermeisten Deutschen Unbehagen, Angst und Abwehr aus. Um die Forderung nach einer Ausländerrückführung zu popularisieren, sollte in Wahlkämpfen die Ausländergruppe in den Fokus gerückt werden, die sich die meisten Inländer außer Landes wünschen“ (ebd.). Dem Autor zufolge, sei es überaus vielversprechend, an diese Befindlichkeiten anzuknüpfen. Die nationale Opposition sei daher „gut beraten, die Ausländerfrage am Beispiel der Moslems zuzuspitzen“ (ebd.). Insofern hat das Thema einer angeblichen Islamisierung Deutschlands für die NPD eine instrumentelle Funktion und dient ihr als Vehikel, um weitergehenden Forderungen den Boden zu bereiten.

Zwar liegt es nahe, dass solche Kampagnen vor allem Wirkung außerhalb der eigenen, rechtsextremistischen Kreise entfalten sollen. Allerdings deutet bereits die Fülle der Artikel zum Thema Islamisierung in der „Deutschen Stimme“ darauf hin, dass auch ein Mobilisierungseffekt nach innen beabsichtigt ist. Ein Beitrag spricht dies mit der Bemerkung an, der Widerstand „gegen Minarette und immer mehr Moscheen in Deutschland [einige] das nationale Lager in der Bundesrepublik stärker als viele andere Themen“ (Vergeiner 2010, S. 1). Der Begriff „nationales Lager“ meint hier dasjenige Spektrum, das im Szene-Duktus auch als „nationaler Widerstand“ bezeichnet wird, also die Bandbreite aus NPD und neonazistischen Gruppen, zwischen denen inhaltliche Gemeinsamkeiten, wechselseitige Interessen und ein gewisses Wir-Gefühl bestehen.

Hinsichtlich des politischen Selbstverständnisses, der Strategie und damit verbunden des Auftretens und Erscheinungsbildes sind die Reibungspunkte allerdings vielfältig. Ein Kampagnenfeld wie Islamfeindlichkeit, das alle Teilbereiche des „nationalen Widerstandes“ emotionalisiert, motiviert und mobilisiert, kann dazu beitragen, die Allianz im rechtsextremistischen Lager zu stärken. Nicht zuletzt dürfte der NPD auch an einem parteiinternen Einigungseffekt gelegen sein, wie die anhaltende Kritik aus der Neonazi-Szene wie auch aus Teilen der Partei am ehemaligen Parteivorsitzenden Holger Apfel und an dem von ihm eingeschlagenen Kurs der „seriösen Radikalität“ zeigt. Gemeint ist damit ein Kurs, der sich am Vorbild erfolgreicher eher rechtspopulistischer zu verortender Parteien in anderen europäischen Staaten orientiert und der die Partei aufgrund dennoch ausbleibender Wahlerfolge – wie zuletzt das knappe Scheitern bei der Landtagswahl in Sachsen mit 4,95 Prozent – zunehmend vor eine Zerreißprobe stellt. Die vom Hamburger Neonazi Christian Worch neu gegründete Partei Die Rechte, die seit Februar 2013 auch einen Landesverband in Niedersachsen hat, steht als Alternative am extremen rechten Rand schon bereit.

Islamfeindlichkeit: Formen und Muster

Neben dem Thema Asyl und Flüchtlinge ist Islamfeindlichkeit die zurzeit erfolgversprechendste Strategievariante von Rechtsextremisten. Die angebliche „Islamisierung“ Deutschlands wird erklärtermaßen als „Türöffner-Thema“ benutzt, um einerseits das eigene Lager zu festigen und um andererseits vor allem Menschen in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Derartige Kampagnen sollen daher sowohl einen Einigungseffekt nach innen auslösen als auch unter strategischen

Gesichtspunkten dazu dienen, eine Breitenwirkung zu entfalten. Inhaltlich basiert die islamfeindliche Agitation auf wenigen Grundzügen, welche sich nach Thomas Pfeiffer, Politikwissenschaftler beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, in vier Diskursmustern äußern: Erstens knüpft sie an bestehende Überfremdungängste an, zweitens pauschalisiert sie und setzt den Islam und die in Deutschland lebenden Muslime insbesondere mit Islamismus und Gewalt gleich. Drittens stellen ausgrenzende Identitätskonstruktionen – wie das in vielen Variationen explizit und implizit vorgebrachte „wir“ gegen „sie“ – ein Leitmotiv dar. Viertens versuchen rechtsextremistische Gruppen, den ideologisch-rassistischen Hintergrund zu verdecken, um die Anschlussfähigkeit ihrer Aussagen nicht zu gefährden (vgl. Pfeiffer 2013, S. 88).

Den Rechtsextremisten steht hierfür eine Vielzahl und auch Vielfalt an Vermittlungswegen offen, die herkömmliche Wahlkampfmaterialien ebenso mit einschließen wie jugendaffine Aktionen und Medien. Besonders im Social Web greifen primär an Jugendliche gerichtete Gruppierungen vielfach Stilelemente auf, die zeitgenössischen Jugendkulturen entliehen sind. Hierzu gehören beispielweise die Jungen Nationaldemokraten (JN) – die Jugendorganisation der NPD – mit ihrer Kampagne „Identität – Werde, wer DU bist“, aber auch die sogenannte Identitäre Bewegung im eher intellektuell geprägten Bereich der „Neuen Rechten“, die sich mit ihren islamfeindlichen und nationalistischen Parolen vor allem an Jugendliche und junge Menschen richtet. Als eine neue Strategievariante spiegelt Islamfeindlichkeit somit eine Modernisierung und zunehmende Ausdifferenzierung in der rechtsextremistischen Szene wider und zeigt darüber hinaus, dass der heutige Rechtsextremismus einem Wandel unterzogen ist, den es aufmerksam zu beobachten gilt.

Diskussion im Workshop

Die von Prof. Pollack vorgestellte Studie zur Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt hat gezeigt, dass in der deutschen Bevölkerung ein differenziertes Bild zum Islam und zu Muslimen vorherrscht. Gleiches gilt für die repräsentativen Studien zur Einstellungs- und Vorurteilsforschung der Universitäten Leipzig (u. a. Decker/Kiess/Brähler 2012, 2014) und Bielefeld (u. a. Heitmeyer 2012, Zick/Klein 2014). Auch im Workshop kam es zu teils kontrovers geführten Diskussionen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. In der Diskussion ließ sich aufzeigen, wie es Rechtsextremisten und Rechtspopulisten gelingen kann, die in Teilen der Bevölkerung vorhandenen Ressentiments zu instrumentalisieren und weiter zu verstärken.

Interessant gestaltete sich zudem die Frage, warum in Deutschland bislang noch keine Anti-Islam-Partei von derartigen Ressentiments profitieren konnte. Eine mögliche Antwort sei laut Prof. Pollack, dass zum einen die Menschen in der Bundesrepublik durch die deutsche Geschichte und die Verbrechen des NS-Regimes sensibilisiert seien und zum anderen den „rechten“ Parteien keine Problemlösungskompetenz zugeschrieben werde; abzuwarten sei hier jedoch, ob eine Partei zukünftig dieses Themenfeld erfolgreich besetzen könnte.

Durch die Referenten konnte insgesamt verdeutlicht werden, dass nur durch eine unvoreingenommene inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Islam und durch die gezielte Aufklärung über rechtsextremistische und rechtspopulistische Strategievarianten ein konfliktfreies Zusammenleben ermöglicht werden kann. Von Bedeutung ist hierbei auch ein Zusammenarbeiten zivilgesellschaftlicher und staatlicher Projekte. Im Rahmen der Aufklärung über rechtsextremistische Strukturen und Verhaltensmuster versucht der Niedersächsische Verfassungsschutz, hierzu seinen Beitrag zu leisten.

WORKSHOP 2: SALAFISMUS IM INTERNET

Referenten: Sindyan Qasem, Verein Ufuq.de und Mark Schonnop, Islamwissenschaftler im Niedersächsischen Verfassungsschutz

Der Salafismus bezieht sich zwar ideologisch auf die Frühphase der islamischen Geschichte und versucht anhand der tradierten Überlieferung eine Gesellschaft im Hier und Heute zu errichten, die in ihren politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Erscheinungsformen stark mittelalterliche Züge tragen würde, versucht aber gleichzeitig, dieses Unterfangen mit modernen Mitteln umzusetzen. Die in vielen Weltregionen zu beobachtende Wirkungsmächtigkeit der salafistischen Auslegung des sunnitischen Islams wäre ohne die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, hier insbesondere des Internets, nicht erklärbar. Vor diesem Hintergrund widmete sich der Workshop 2 des Symposiums „Salafismus und Islamfeindlichkeit“ des Zusammenhangs von modernen Medien und salafistischer Radikalisierung, insbesondere in Deutschland.

Zunächst stellte Mark Schonnop, Islamwissenschaftler des niedersächsischen Verfassungsschutzes, im Rahmen eines Impulsreferates das Spektrum der in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtenden salafistischen Propaganda dar. Weiterhin wird auf „klassische“ Formen der Rekrutierung gesetzt, die insbesondere über den direkten Kontakt zwischen dem Propagandisten und dem für die salafistische Sache zu Gewinnenden verlaufen. Der Propagandist – der sich selbst als Missionar (Da'i) sieht und dessen Tätigkeit, nämlich aufzurufen, der angeblich wahren Auslegung der islamischen Lehre zu folgen, Da'wa genannt – folgt dabei im modernen Gewand einer Tradition, die bis ins 7. Jahrhundert zurückreicht. Damals wie heute wird diese Missionstätigkeit an Moscheen praktiziert, nun jedoch kommen populäre Fernsehprediger hinzu. Gewissermaßen als „Vorfeld der Radikalisierung“ lassen sich Fernsehsender wie Iqraa TV charakterisieren, die salafistische Vorstellungen bislang hauptsächlich in arabischer Sprache über Satellit und Internet auch in deutsche Wohnzimmer transportiert haben. Mittlerweile werden die Angebote einiger dieser Sender um solche in europäischen Sprachen erweitert.

Als „Vorfeld der salafistischen Radikalisierung“ kann der Einfluss einzelner arabischsprachiger Medien deshalb bezeichnet werden, da z. B. von einigen Fernsehsendern teilweise antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet werden. So wird bei-

spielsweise die amerikanische Filmindustrie mitunter als von Juden kontrolliert dargestellt. Häufig versuchen salafistische Gelehrte über Fernsehsendungen dieser Art, eine Deutungshoheit dahingehend zu erlangen, was der „wahre“ Islam ist. In diesen Zusammenhang spielte ebenso die nicht mehr existente Islamschule in Braunschweig eine Rolle. Deren Intention war es, Multiplikatoren salafistischer Ideologie auszubilden, die etwa als Freitagsprediger in bislang nicht extremistischen Moscheen den anwesenden Muslimen erklärt hätten, dass nur der salafistisch verstandene Islam der einzig wahre sei. Die Ausbildung der ehemaligen Studenten dieser so genannten Islamschule erfolgte über das Internet.

Weiterhin wurde auf die Internetpräsenz jihadistischer Gruppierungen eingegangen, deren Aufruf zum „individuellen Jihad“ zunehmend Gehör findet. Terroristische Organisationen wie al-Qaida und der so genannte Islamische Staat betreiben eigene Medienzentren, die in verschiedenen Sprachen Videos, Kampfgesänge Jihadmagazine und ganz konkrete Handreichungen zur Verübung von Terroranschlägen herausgeben.

In einem zweiten Impulsreferat stellte Sindyan Qasem den Verein ufuq.de und dessen Projekt „Was postest du?“ vor. Der Verein ufuq.de bemüht sich um Alternativen zu den Debatten um Parallelgesellschaften, „home-grown terrorists“ und einer vermeintlichen Islamisierung Deutschlands und Europas. In seiner publizistischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit geht es nicht um die Frage, ob eine „Einbürgerung des Islams“ stattfindet, sondern darum, wie sie gestaltet werden kann. Daher lautet der Vereinsname ufuq.de. „Ufuq“ heißt auf arabisch und türkisch „Horizont“.

Das Projekt „Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslimen online“ greift die Bedeutung von sozialen Netzwerken, Webforen und Content-Sharing-Plattformen für die Meinungsbildung auf und überträgt diese auf die politische Bildungsarbeit mit jungen Muslimen. Im Mittelpunkt steht die online geführte Auseinandersetzung mit den Interessen, Sorgen und Orientierungen von muslimisch sozialisierten Jugendlichen in Deutschland. Die pädagogische Bildungsarbeit wird dabei im Sinne eines Peer-Education-Ansatzes von jungen muslimischen Teamern geleistet, die sich in sozialen Netzwerken als Gesprächspartner in Diskussionen unter jungen Muslimen/Migranten einbringen und mit Informationen, Denkanstößen und ggf. Verweisen auf Hilfsangebote zu Wort melden. Um eine inhaltlich kompetente und methodisch effektive Arbeit durch die jungen Teamer zu ermöglichen, wurden die Teamer

umfassend auf entsprechende Dialoge und Auseinandersetzungen vorbereitet.

Grundlage dieses Konzeptes sind die langjährigen Erfahrungen, die der Verein ufuq.de und das Department Soziale Arbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg in der politischen Bildungsarbeit mit jungen Muslimen und Migranten gesammelt haben. Das Konzept greift insbesondere die Erfahrungen aus über 300 Teamer-Workshops auf, die im Rahmen des dreijährigen Projektes „Islam, Islamismus und Demokratie“ durchgeführt wurden (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Die von Teamern initiierten und moderierten Gespräche über religiöse Themen und Fragen von Identität und Zugehörigkeit erwiesen sich für viele Jugendliche als befreiend und ermutigend. Sie betonen die Normalität des Muslimseins in Deutschland, ermöglichen eine vorurteilsfreie Diskussion über religiöse Werte und Traditionen und beugen einem Selbstbild als Opfer der Verhältnisse sowie der Attraktivität simpler Weltdeutungen vor, wie sie von radikalen Strömungen im Netz in großem Umfang angeboten werden.

In der sich anschließenden Fragerunde wurden die bislang vorgetragenen Themen von den Zuhörern aufgegriffen und teilweise um die Schilderung eigener Erfahrungen ergänzt. Insbesondere die Frage, wie Staat und Gesellschaft auf die zunehmende Verbreitung salafistischer Medienprodukte reagieren können, stand dabei im Vordergrund.

WORKSHOP 3: UMGANG MIT SYRIENRÜCK-KEHRERN

Referenten: Florian Endres, leitender Referent der „Beratungsstelle Radikalisierung“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Philip Frank, Islamwissenschaftler beim Landeskriminalamt Niedersachsen

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Herr Frank die aktuellen Zahlen zum genannten Themenkomplex vor. Demnach reisten bis April 2015 nach Informationen der deutschen Sicherheitsbehörden mindestens 680 Personen aus dem Bundesgebiet in Richtung der Krisenregionen in Syrien und dem Irak aus, um den Widerstand gegen das Assad-Regime auf unterschiedliche Weise zu unterstützen. Es lägen jedoch nicht in allen Fällen gesicherte Erkenntnisse darüber vor, ob sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten bzw. aufgehalten haben.

Von den 680 ausgereisten Personen kehrte bisher etwa ein Drittel nach zum Teil sehr unterschiedlich langen Aufenthalten wieder nach Deutschland zurück. Etwa 50 Rückkehrer erwarben während ihrer Abwesenheit individuelle Kampferfahrungen. Insbesondere von der zuletzt genannten Personengruppe geht ein entsprechendes Gefährdungspotenzial für die Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik aus, weshalb es sowohl für die Gesellschaft als auch für die Sicherheitsbehörden unerlässlich ist, einen angemessenen und zielgerichteten Umgang mit den Rückkehrern zu entwickeln.

Herr Endres stellte in diesem Zusammenhang mehrere Best Practice-Beispiele aus dem europäischen Ausland vor. Im dänischen Aarhus sowie im belgischen Brüssel und Antwerpen wurden jeweils auf kommunaler Ebene Lösungsansätze für die Reintegration von Syrien- bzw. Irakrückkehrern entwickelt. In Aarhus wird dabei mit einem breiten Netzwerk an Akteuren und unter ständiger Einbeziehung des persönlichen Umfeldes an die Zurückgekehrten herangetreten. An diesem Netzwerk, unter Leitung der Sozialbehörde, sind u. a. Einrichtungen der kommunalen Jugendarbeit sowie staatliche Sicherheitsbehörden beteiligt.

Ein ähnliches Konzept wird auch in Finnland umgesetzt. Hier werden die Rückkehrer direkt bei ihrer Wiederankunft am Flughafen von einem Team empfangen, das zum einen aus Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden, zum anderen aus Sozialarbeitern und Psychologen besteht.

In Anlehnung an die Erfahrungen aus dem Ausland hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit mehreren gemeinnützigen Organisationen Strategien entwickelt, um den nach Deutschland Zurückgekehrten, eine Reintegration auch hierzulande zu ermöglichen und auf diese Weise das Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft zu verringern. In Niedersachsen kooperiert die „Beratungsstelle Radikalisierung“ des BAMF bereits mit der kürzlich eingerichteten niedersächsischen „Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung – beRATen e. V.“, die in Hannover ansässig ist.

An diesem Punkt des Workshops wurde deutlich, vor welchen praktischen Problemen die Rückkehrer selbst, ihre Familien, aber auch die Gesellschaft nach einer Wiederankunft stehen. In der weiteren Diskussion wurden in diesem Zusammenhang beispielsweise die folgenden Fragen aufgeworfen: „Ist es möglich, die oftmals noch schulpflichtigen Jugendlichen, wieder ihre alte Schule besuchen zu lassen?“, „Auf welchem Wege ist eine Wiedereingliederung im persönlichen Wohnumfeld oder aber auf dem deutschen Arbeitsmarkt realisierbar?“, „Wie soll psychologisch mit den Erfahrungen im Kriegsgebiet umgegangen werden?“

Die vielfältigen Wortbeiträge der Teilnehmer zeigten, dass es für diese Probleme keine Patentlösung geben kann, da die Einzelfälle zu unterschiedlich und die Fallzahlen zudem gegenwärtig noch zu niedrig sind, um verallgemeinernde Aussagen treffen zu können.

Dieses gilt letztlich auch für die Beurteilung der individuellen Motivlage für die Rückkehr aus Syrien bzw. dem Irak. Mögliche Rückkehrgründe können grausame Erfahrungen im sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), familiäre Probleme oder Ereignisse in Deutschland, aber auch die Übernahme von Aufgaben für den IS in der Bundesrepublik sein. Vor allem der letztgenannte Aspekt stellt für die deutschen Sicherheitsbehörden weiterhin ein große Herausforderung dar.

Literatur:

Foroutan, Naika u. a. (2014): Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse, hrsg. v. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt Universität zu Berlin, Berlin.

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. v. d. Universität Leipzig, Leipzig.

Gansel, Jürgen (2012): Deutsches Land niemals in Moslem-Hand! Zeitbombe Islam: Eine Studie belegt, wie groß das Unbehagen der Deutschen an der Islamisierung ist, in: Deutsche Stimme 11/2012, S. 8-9.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin.

Müller, Olaf/ Pollack, Detlef/ Pickel, Gerd (2013): Religiös-konfessionelle Kultur und individuelle Religiosität: Ein Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 65. Jg., Dezember 2013, S. 123-148.

Pfeiffer, Thomas (2012): Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus. Erfolgspotenzial, strategische Hintergründe und Diskurstechniken am Beispiel der NPD, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl, S. 216-245.

Pfeiffer, Thomas (2013): „WIR oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Tagungsband „Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien“. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin, Berlin, S. 86-95.

Pollack, Detlef/ Friedrichs, Nils (2012): Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas. Beobachtungen und Erklärungen, in: Karl Gabriel/ Christian Spieß/ Katja Winkler (Hrsg.): Modelle des religiösen Pluralismus.

Historische Beispiele – empirische Analysen – systematische Perspektiven, Paderborn, S. 34-37.

Vergeiner, Anton (2010): Islamisierung – es reicht! Der Minarett-Kampf geht in die nächste Runde, in: Deutsche Stimme 2/2010, S. 1-2.

Zick, Andreas/ Klein, Anne (2014): Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Verteilerhinweis

Diese Druckschrift wird von der Landesregierung Niedersachsen im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

© Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover
Telefon: 0511 6709-217
Telefax: 0511 6709-394
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@
verfassungsschutz.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de)
Internet: www.verfassungsschutz.niedersachsen.de